

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

April 2017

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Welche Rolle
Mindestlöhne
spielen könnten

SPRACHPOLITIK

Die Unterdrückung
der anglophonen
Minderheit in Kamerun

RECHT

Die Nachhaltigkeits-
Entwicklungsziele haben
wichtige Implikationen

Bedrohte Küsten



Bedrohte Küsten

Monitor

Gerechte Löhne für nachhaltige Entwicklung | Ein Jahr Asiatische
Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) | Wachsende Ungleichheit | Menschen-
rechte im Iran | Vernachlässigte Krisen | Call for Papers für PEGNet-
Konferenz | Heutzutage: Heerwurm bedroht Ernten | Impressum 4

Debatte

Instabilität im Maghreb bedroht Europa | Proteste gegen die Regierung
in Kamerun | Hungersnot in Ost- und Zentralafrika | Wahlkampf in Honduras |
Zwei Monate Donald Trump im Weißen Haus 12

Tribüne

MARKUS KALTENBORN UND HEIKE KUHN: Die rechtliche Relevanz der Agenda
2030 und der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele 17

MIRJA MICHALSCHECK: Afrikanische Kleinbauern ernst nehmen 19

Schwerpunkt: Bedrohte Küsten

FEISAL RAHMAN: Klimawandel treibt Landflucht in Bangladesch an 22

A.K. GHOSH: Indische Klimaflüchtlinge brauchen Berufsbildung 25

PLATFORM ON DISASTER DISPLACEMENT:
Naturkatastrophen als Fluchtursache 26

SEVERIN PETERS UND CHRISTIAN HENCKES:
Die Rettung des Mekong-Deltas 28

LINDA ENGEL: Warum der ökologische Wert von
Mangroven und Korallenriffen auch ökonomisch relevant ist 30

ALAN C. ROBLES: Philippinischer Präsident reagiert ambivalent auf
Chinas Anspruch auf das gesamte Südchinesische Meer 31

KACANA SIPANGULE: Handel braucht Häfen 33

OLAMIDE UDOMA-EJORH: Lagos wächst in den Atlantik hinaus 34

NNIMMO BASSEY: Überfischung und Erdölproduktion gefährden
Lebensgrundlagen westafrikanischer Küstendörfer 37

VIRGINIA MERCADO: Mexikanische Opfer der Deepwater-
Horizon-Katastrophe kämpfen noch immer um Entschädigung 39

Deltas in Gefahr

Bangladesch leidet unter dem Anstieg des Meeresspiegels und immer häufigeren Extremwetterereignissen infolge des Klimawandels. Versalzung bedroht die Existenzgrundlage vieler Menschen im Delta. Das Land gibt aber nicht auf, wie Feisal Rahman von der Independent University in Dhaka schreibt. In Vietnam wurden Maßnahmen zum Schutz des Mekong-Deltas getroffen, der Hauptreisbauregion des Landes. Auch dort macht sich der Klimawandel bemerkbar, wie Severin Peters und Christian Henckes von der GIZ berichten. **SEITEN 22, 28**

Multilaterale Dimensionen

Vertreibung aufgrund von Naturkatastrophen ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Platform on Disaster Displacement, eine multilaterale Initiative, nimmt sich dieses Themas an, wie Mitarbeiter ausführen. Seegebiete sind geostrategisch relevant und die Kontrolle darüber manchmal umstritten. Der philippinische Journalist Alan C. Robles analysiert den Fall des Südchinesischen Meeres. Fehlender Zugang zum Meer stellt ein Entwicklungshindernis dar. Wenn die Nachbarn von Binnenländern nicht kooperieren und keine gute Infrastruktur haben, leidet der Außenhandel in Entwicklungsländern ohne Zugang zum Meer, erklärt Kacana Sipangule von der Universität Göttingen. **SEITEN 26, 31, 33**

Neue Inseln für die Reichen

Obwohl der Meeresspiegel steigt, dehnt sich Lagos in den Atlantischen Ozean aus. Grundstücke am Meer sind in den vergangenen Jahren immer beliebter geworden. Die armen Anwohner werden verdrängt, schreibt die Stadtaktivistin Olamide Udoma-Ejorh. **SEITE 35**

Zulasten der Fischer

Überfischung bedroht die Bestände vor der Küste Westafrikas, und die Folgen der Ölförderung verschärfen die Probleme noch. Nnimmo Bassey von der nigerianischen NGO Health of Mother Earth Foundation beschreibt die Situation. Derweil warten die mexikanischen Betroffenen der Deepwater-Horizon-Katastrophe nach sieben Jahren noch immer auf Entschädigung. Laut Virginia Mercado und Luis A. Soto von der Universidad Autónoma del Estado de México mangelt es an staatlicher Unterstützung für den Rechtsstreit. **SEITEN 37, 39**

Bedrohte Küsten

Ob Shanghai, Mumbai, Lagos, Istanbul, Buenos Aires oder New York – viele bedeutende Städte der Welt liegen an Küsten. Das liegt unter anderem daran, dass für Handel und Industrie der Zugang zum Meer unerlässlich ist. Zudem sind die Böden – besonders an Flussmündungen – oft sehr fruchtbar, sodass große Städte historisch hier schon früher relativ leicht versorgt werden konnten.

Auch nicht-städtische Siedlungen befinden sich oft in Meeresnähe. UN-Daten zufolge wohnen rund 40 Prozent der Weltbevölkerung nicht weiter als 100 Kilometer von der Küste entfernt. Historisch leben viele Menschen dort von Landwirtschaft, Fischfang und Handel.

Zunehmende Bevölkerungs- und Besiedlungsdichte bedeutet aber, dass der Platz für Ackerbau geringer wird. Umweltverschmutzung und Überfischung, die auch von internationalen Fangschiffen betrieben wird, reduzieren derweil maritime Ressourcen. Die traditionellen Lebensgrundlagen der Menschen sind mithin nur noch eingeschränkt vorhanden.

Wer direkt an der Küste lebt, ist zudem besonderen Bedrohungen ausgesetzt. Unwetter, Stürme und Fluten gibt es seit jeher; wegen des Klimawandels nehmen aber Häufigkeit und Wucht von Extremwetterlagen zu. Überflutete Böden versalzen, sodass die Landwirtschaft beeinträchtigt und mancherorts sogar unmöglich wird. Auch das Grundwasser ist betroffen, was mit dem steigenden Meeresspiegel zusammenhängt. Wird es zu salzig, ist es für Mensch und Tier ungenießbar.

Die Infrastruktur muss entsprechend verbessert und wetterfest gemacht werden. Das gilt für Verkehrswege und Versorgungssysteme. Nötig sind zudem Deiche, Uferbefestigungen und präventive Bepflanzung. Der Katastrophenschutz erfordert Sturmbunker, Frühwarnsystem und Notfallpläne. Die Verantwortlichen stehen also vor großen Aufgaben.

Und das gilt nicht nur im ländlichen Raum, denn die städtischen Zentren wachsen rasend schnell – besonders in Afrika. Urbane Transportsysteme, Strom- und Wasserversorgung, Kanalisation und Müllentsorgung sind überfordert. Bildungs- und Gesundheitswesen müssen ausgebaut, gute Arbeitsplätze geschaffen werden. Um die vielfältigen Probleme in den Griff zu bekommen, sind Sachverstand, Geld und solide Amtsführung nötig. Es geht um die typischen Aufgaben der Entwicklungspolitik: Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Auf- und Ausbau von Infrastruktur und Institutionen. Sie stellen sich in Küstenregionen mit besonderer Dringlichkeit.

Die Industrieländer dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Das ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Reiche Nationen haben ein Eigeninteresse daran, dass Gesellschaften stabil und friedlich sind. Zudem profitiert ihre Wirtschaft vom Handel mit starken Volkswirtschaften mehr als von dem mit armen. Obendrein sind sie die Hauptverursacher des Klimawandels. Sie dürfen die Leidtragenden nicht im Stich lassen.

Bislang wird der Begriff „Klimaflüchtling“ nicht offiziell anerkannt. Das ist realitätsfern. Die Abwanderung aus Küstenregionen hat längst begonnen. In zahlreichen Erdregionen werden Landstriche durch schleichende Veränderungen wie extreme Hitze, langanhaltende Dürren oder Versalzung der Küstenregionen dauerhaft unbewohnbar. Die Weltgemeinschaft muss sich diesem Problem stellen – und wäre gut beraten, präventiv zu handeln. Dafür ist Klimaschutz ebenso nötig wie effektive Entwicklungszusammenarbeit: Denn je besser es gelingt, Lebenschancen an der Küste zu erhalten und zu verbessern, umso weniger Menschen werden abwandern.



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Diskriminierung

Die anglophone Minderheit in Kamerun fühlt sich seit jeher diskriminiert. Nun wurde aus einem Streikaufruf der Lehrgewerkschaft gegen frankophone Dominanz an den Schulen eine große Protestbewegung, die das ganze Land betrifft und die Schwächen des politischen Systems offenbart. Auch frankophone Kameruner kämpfen für wahre Demokratie, Meinungsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung, schreibt der Jurist Jonathan Bashi.

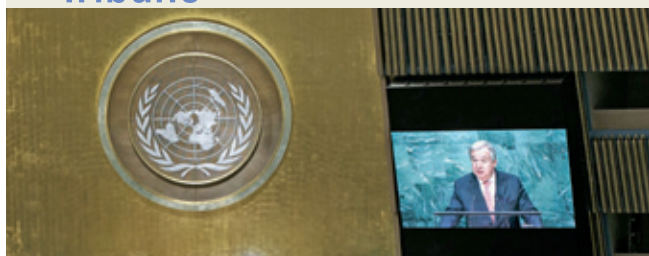
SEITE 13

Millionen Menschen in Gefahr

In Ost- und Zentralafrika bedroht eine dramatische Hungersnot, verstärkt durch Bürgerkriege und schlechte Regierungsführung, das Leben von Millionen Menschen. Hungersnöte kündigen sich langsam an und sind abwendbar, wenn rechtzeitig gehandelt wird, betont Christoph Schneider-Yattara von Brot für die Welt. Allerdings stellt die internationale Gemeinschaft bislang nur rund die Hälfte der benötigten Gelder zur Verfügung.

SEITE 14

Tribüne



Akzeptanz statt Zwang

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird auch als „Weltzukunftsvertrag“ bezeichnet. Sie ist zwar kein Vertrag im juristischen Sinn, gibt aber in weiten Teilen bereits geltendes Völkerrecht wieder. Markus Kaltenborn von der Ruhr-Universität Bochum und Heike Kuhn vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung analysieren die rechtlichen Dimensionen der Agenda 2030.

SEITE 17

WELTWIRTSCHAFT

Nachhaltigkeit erfordert gerechte Löhne



Näherinnen in Bangladesch können von ihrem Lohn in der Regel nicht angemessen leben.

Green Economy – also ökologisch nachhaltiges Wirtschaften – lautet die wegweisende Formel für zukünftige ökonomische Entwicklung. Der Wissenschaftler Friedel Hütz-Adams vom Südwind-Institut weist darauf hin, dass eine grüne Wirtschaft auch eine gerechte Bezahlung der Arbeitnehmer erfordert. Die Autoren Georgios Zervas und Peter Spiegel setzen noch früher an. Sie plädieren für einen globalen Mindestlohn von einem Dollar pro Stunde, um weltweit Armut und Ausbeutung zu eliminieren.

Von Sabine Balk

Hütz-Adams betont, dass eine Transformation der Weltwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit nur dann gelingen kann, wenn ökologische Verbesserungen von sozialem Fortschritt begleitet werden. Dabei sei eine zentrale Frage, wie hoch die Löhne und Einkommen von Beschäftigten sowie Selbstständigen weltweit

sein müssten, damit sie existenzsichernd sind. Nationale Gesetzgebungen etwa über Mindestlöhne reichten in Entwicklungs- und Schwellenländern häufig nicht aus, um ein Einkommen zu garantieren, das ein menschenwürdiges Leben zulässt, so der Wissenschaftler. Es gebe daher viele Organisationen, Gewerkschaften und Unternehmen, die für viele Länder und Branchen versuchten, existenzsichernde Löhne zu ermitteln und umzusetzen.

Laut Hütz-Adams zeugen bisherige Ergebnisse davon, dass es möglich ist, regionalspezifisch zu definieren und festzusetzen, wie hoch ein existenzsichernder Lohn sein muss. Dazu wendeten die meisten Organisationen, die sich für faire Entlohnung starkmachen, die sogenannte Ankermethode an. Diese wurde von dem Ökonomen Richard Anker entwickelt, der für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gearbeitet hat. Ihm zufolge sind dafür folgende Angaben zu ermitteln:

- Kosten von nahrhafter und kostengünstiger Ernährung,
- Kosten von einfachen, akzeptablen Wohnbedingungen,
- Kosten von Kleidung und Schuhen,
- sonstige Kosten für ein angemessenes Leben.

Diese Kosten müssten dann auf die zu versorgende Haushaltsgröße des Beschäftigten umgerechnet werden, um einen existenzsichernden Lohn zu ermitteln. Hütz-Adams gibt allerdings zu bedenken, dass es teils sehr schwer sei, die Lebenshaltungskosten in Entwicklungsländern zu berechnen. Es fehle oftmals an statistischen Daten zu den genannten Punkten, zudem variierten diese auch noch innerhalb der Länder oft sehr stark.

Ein Land, in dem zahlreiche Organisationen derzeit an der Umsetzung existenzsichernder Löhne arbeiten, ist Bangladesch. Die dortige Textilindustrie konzentriert sich zu 80 Prozent auf die Hauptstadt Dhaka,

wo Organisationen im Frühjahr 2016 umfassende Daten nach der Ankermethode erfassten. So wurde zum Beispiel ermittelt, wie hoch die Kosten für Essen und Wohnen sind. Die Ergebnisse sind laut Hütz-Adams „ernüchternd“: Ein existenzsichernder Lohn müsste in den Vororten Dhakas bei umgerechnet 177 Dollar monatlich liegen, im Zentrum bei 214 Dollar. Die tatsächlichen Löhne der Beschäftigten lägen dagegen, abhängig von der Qualifikation, zwischen 69 und 83 Dollar. Zur Erreichung eines existenzsichernden Einkommens müssten die Löhne also mehr als verdoppelt werden.

Untersuchungen zum Lohnniveau gibt es auch in anderen Branchen und Ländern, etwa für Blumen aus Kenia, Tee aus Malawi oder Elektronik aus China. Die Ergebnisse fallen sehr unterschiedlich aus, in den meisten Bereichen reichen die Löhne aber nicht aus, um die Lebenshaltungskosten angemessen zu decken. Noch schwerer sei die Erhebung fairer Preise für selbstständige Bauern, erklärt Hütz-Adams.

Ein schwieriges Unterfangen sei auch die Umsetzung existenzsichernder Löhne, gibt der Wissenschaftler zu bedenken. In verschiedenen Bereichen wie dem Bekleidungssektor in Bangladesch gebe es Versuche, die Löhne Schritt für Schritt auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben. „Allen Beteiligten ist dabei bewusst, dass diese Prozesse Zeit in Anspruch nehmen“, resümiert er. Ein Problem in der Bekleidungsindustrie sei etwa, dass verschiedene Zwischenhändler pauschal Gewinnmargen auf die produzierten Textilien erheben. Das bedeutet, wenn ein Kleidungsstück die Fabrik zu einem etwas höheren Preis verlässt, um Arbeiter besser zu entlohnen, potenziert sich der Preis für den Einzelhandel um ein Vielfaches. Ein Beispiel: Ein Shirt würde dann statt drei Euro fast 16 Euro im Laden kosten.

Die Einführung existenzsichernder Löhne sei also noch ein langer Weg, für deren Umsetzung viele Akteure gefragt seien, betont Hütz-Adams und gibt ihnen Handlungsempfehlungen mit auf den Weg. Alle Beteiligten der Wertschöpfungskette – von Unternehmen über Gewerkschaften bis zu Behörden – sollten Netzwerke bilden, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu sollten sie relevante Daten systematisch und umfassend sammeln und öffentlich zugänglich machen.

Auch die Bundesregierung müsse aktiv werden, fordert Hütz-Adams. Sie solle

- deutsche Unternehmen gesetzlich verpflichten, existenzsichernde Löhne entlang der ganzen Wertschöpfungskette zu zahlen,
- bei der öffentlichen Vergabe die Zahlung existenzsichernder Löhne vorschreiben,
- Beschwerde- und Klagemechanismen schaffen, damit Betroffene bei unfairer Bezahlung ihre Rechte einfordern können,
- auf internationaler Ebene rechtsverbindliche Standards einfordern, an die sich international operierende Unternehmen zu halten haben.

An produzierende Unternehmen und Einzelhandel stellt der Autor folgende Forderungen. Sie sollen

- ihre Beschaffungsketten so gestalten, dass sie die Herkunft der von ihnen eingekauften Produkte kennen,
- bei den Preisvorgaben für ihre Lieferanten berücksichtigen, dass in der gesamten Lieferkette die Zahlung existenzsichernder Löhne ermöglicht wird.

Banken und Investoren sollten nach Ansicht von Hütz-Adams nur den Unternehmen Geld zur Verfügung stellen, die nachprüfbar Auskünfte über ihre soziale, menschenrechtliche und ökologische Situation geben. Auch Verbraucher dürften nicht untätig bleiben und müssten Auskunft darüber verlangen, ob den Menschen für die Herstellung der Produkte existenzsichernde Löhne gezahlt wurden.

Einen Schritt vor Hütz-Adams' Überlegungen setzen die Autoren Georgios Zervas und Peter Spiegel an. Der Unternehmensberater und der Zukunftsforscher haben eine bestechend einfache Lösung zur Bekämpfung von extremer Armut gefunden: einen globalen Mindestlohn von einem Dollar pro Stunde. Diese Lohnuntergrenze sei netto, stellen die Autoren klar – also zuzüglich der staatlich festgelegten Abgaben und Steuern – und sie dürfe nirgendwo unterschritten werden. Dadurch ließen sich mit einem Schlag die schlimmsten Formen ausbeuterischer Sklavenarbeit weltweit beseitigen. Dieser Mindestlohn sei selbstverständlich für Entwicklungs- und Schwellenländer gedacht, in denen es keinen oder einen extrem niedrigen Mindestlohn gebe, so die Autoren.

Als Beispiel nennen Zervas und Spiegel ebenfalls die Textilbranche in Bangla-

desch. Für sie gelte ein Mindestlohn von 50 Dollar pro Monat, das entspreche einem Stundenlohn von 15 bis 20 Cent. Ein Mindestlohn von einem Dollar würde einen wirklichen Unterschied machen. Dass ein Mindestlohn nicht in allen Branchen, insbesondere nicht im landwirtschaftlichen Bereich, umsetzbar sei, geben die Autoren allerdings zu.

Neben der Steigerung der Einkommen der Beschäftigten gibt es Zervas und Spiegel zufolge den weiteren positiven Effekt, dass dem Wettbewerb um billige Löhne innerhalb der Entwicklungsländer Einhalt geboten werde. Das Abwandern ganzer Industriezweige in immer noch „billigere“ Länder würde sich wohl deutlich reduzieren. Die Frage, ob solch ein radikaler Schritt wirtschaftlich überhaupt vertretbar sei, beantworten die Autoren deutlich mit Ja. Das Zauberwort heiße Wettbewerbsneutralität. Das bedeutet, wenn alle Unternehmen in der gleichen Weise einen Mindestlohn von einem Dollar bezahlen müssten, würde der Wettbewerb nicht verzerrt.

Des Weiteren ist ein Mindestlohn laut Zervas und Spiegel das „wirkungsvollste aller vorstellbaren Konjunkturprogramme für die Weltwirtschaft“, weil die Armen nahezu alles Geld, das sie verdienten, gleich wieder ausgeben und in den Wirtschaftskreislauf zurückbringen würden. Ein globaler Mindestlohn könne auch eine Bremse für Arbeitsflucht darstellen, weil sich für viele Arme eine bessere Lebensgrundlage im eigenen Land eröffnen würde.

Das große Problem an der Idee von Zervas und Spiegel ist sicherlich die Umsetzung. Dazu äußern sich die Autoren nur am Rande und fordern, dass die ILO den Mindestlohn beschließen und seine Umsetzung überwachen soll. Initiiert werden sollte er durch eine möglichst breite Koalition aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

BUCH UND LINK

Zervas, G. und Spiegel, P., 2016: *Die 1-Dollar-Revolution. Globaler Mindestlohn gegen Ausbeutung und Armut*. Piper, München/Berlin.

Hütz-Adams, F., 2017: *Nachhaltigkeit erfordert Gerechtigkeit. Die Bedeutung existenzsichernder Löhne und Einkommen für eine Green Economy*.

http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2017/2017-03_Nachhaltigkeit_erfordert_Gerechtigkeit.pdf

AIIB

Fehlende Standards



Zu den Sozialstandards der neugegründeten AIIB gibt es noch viele offene Fragen.

2016 nahm die von China initiierte Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) ihre Geschäfte auf. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren, dass das multilaterale Finanzinstitut bei seinen Fördermaßnahmen auf Menschenrechtsverletzungen keine Rücksicht nehme. Deutsche Politiker hoffen hingegen, positiv auf die AIIB einwirken zu können.

Von Lea Diehl

Verglichen mit seiner Wirtschaftskraft ist China in den etablierten internationalen Finanzinstitutionen (IFI) unterrepräsentiert, während die USA, die EU-Länder und Japan den Ton angeben. Die Gründung der AIIB war eine Antwort darauf – und ein Versuch, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Pekings zu vergrößern.

Die AIIB soll die soziale und wirtschaftliche Entwicklung vor allem in Asien vorantreiben, indem sie langfristige Infrastrukturfinanzierungen ermöglicht, die es ohne sie nicht gebe. Die Bank setzt auf öffentliche und private Investitionen und will regionale Kooperationen stärken.

Die AIIB wird von europäischen Staaten mitgetragen. Deutschland ist der größte europäische Anteilseigner mit 4,1 Prozent der Stimmrechte. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie *urgewald* sind der Meinung, dass Deutschland deshalb eine besondere Verantwortung für die Bank trägt.

Aus Sicht von *urgewald* braucht die AIIB angemessene Sozial- und Umweltstandards und muss diese auch einhalten. An beidem mangle es. Als Beispiel nennen Kritiker ein „Slum Upgrading Project“ in Indonesien, das die AIIB gemeinsam mit der Weltbank finanziert. Vor allem Frauen und Indigene seien bei der Slum-Räumung von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen beklagen schon lange, die Sozial- und Umweltstandards der etablierten IFI seien unzureichend. Nun sagen sie, die AIIB unterbiete diese noch.

Die AIIB arbeitet vielfach mit etablierten IFIs zusammen. Dennoch stehe sie mit diesen in Konkurrenz, sagt Arntraud

Hartmann, die bei der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) einem Gremium zur Überwachung der Standards angehört. Sie warnt davor, dass das Werben um Kunden langfristig allgemein zur Senkung von Standards bei allen multilateralen Banken führe.

Bei Energievorhaben sind die Richtlinien der AIIB beispielsweise schwächer als die der Weltbank. Die AIIB schließt die Förderung von Kohle- und Atomenergie nicht aus. Derweil beteuert AIIB-Präsident Jin Liqun, die Arbeit der Bank sei „schlank, sauber und grün“ („lean, clean and green“).

Stephanie Fried von der hawaiianischen Organisation Ulu Foundation urteilt, die AIIB schreibe sich große Begriffe auf die Fahnen, in der Geschäftspraxis hätten diese aber wenig Bedeutung. Ihr zufolge mangelt es an Transparenz und zuverlässigen Kontrollmechanismen.

Experten bei einer von *urgewald* organisierten Veranstaltung zur AIIB im März in Berlin teilten diese Einschätzung. Mehrfach wurde gefordert, die AIIB müsse ihre Anteilseigner und die Zivilgesellschaft stärker in Vorhaben und Evaluation einbinden.

FRAGWÜRDIGER KOOPERATIONSPARTNER

Deutsche Bundestagsabgeordnete hoffen derweil, auf die AIIB positiv einwirken zu können. Manfred Zöllmer von der SPD sieht durch die deutsche Beteiligung die Chance, Druck auf Peking auszuüben, um künftig angemessene Standards zu etablieren. Er räumt jedoch ein, dass dies Zeit brauche. „Die AIIB muss Standards einhalten, die ja nicht normal in China sind und die sie auch nicht gewohnt sind“, sagt Zöllmer, der dem Finanzausschuss des Bundestages angehört.

Der Unionspolitiker Philipp Murmann urteilt, die AIIB könne künftig Investitionen ermöglichen, die die ADB nicht abdeckt. Es bestehe etwa großer Bedarf an der Förderung von Bildung und Gesundheit im ländlichen Raum. Dass Deutschland als AIIB-Anteilseigner wirklich viel Einfluss ausüben könne, bezweifelt Thomas Gambke (Grüne). Er denkt aber, dass europäische Länder ihren Einfluss vergrößern könnten, wenn sie als Anteilseigner zusammenhielten.

„Die AIIB wird versuchen, sich zu verbessern“, verspricht der AIIB-Presesprecher Yuanjiang Sun. Er weist darauf hin, dass die AIIB noch in der Entstehung sei und an Standards sowie Strategien arbeiten wolle.

UNGLEICHHEIT

Geld und Macht umverteilen

Trotz Fortschritten in vielen Bereichen wie der Bekämpfung von Hunger und Armut nimmt die soziale Ungleichheit weltweit nicht etwa ab, sondern zu. Das schadet der ganzen Gesellschaft, denn Ungleichheit unterhöhlt den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in Politik und Demokratie, bremst das Wirtschaftswachstum und verhindert Aufstiegschancen. Arme und reiche Länder sind gleichermaßen betroffen.

Von Katja Dombrowski

Nach Schätzungen von Oxfam leben 70 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich in den vergangenen 30 Jahren größer geworden ist. Betroffen sind Entwicklungs- und Schwellenländer ebenso wie Industrieländer. Die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit stellt in den Augen der internationalen NGO eins der größten globalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme dar. Und auch das Weltwirtschaftsforum beschreibt „gravierende Einkommensdisparitäten“ als eins der Schlüsselrisiken des kommenden Jahrzehnts.

Ungleichheit wirkt sich auf zahlreiche Lebensbereiche aus, zum Beispiel auf die Lebenserwartung, Bildungschancen und Gesundheit. Zudem verstärkt sie Oxfams Erkenntnissen zufolge andere bestehende Ungleichheiten, etwa aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion. Auch nähmen in Ländern mit wachsender Einkommenskluft Kriminalität und gewaltsame Konflikte zu. Entgegen früherer Annahmen sei wachsende Ungleichheit schädlich für das Wirtschaftswachstum und vermindere dessen armutsmindernde Wirkung.

Die Weltgemeinschaft hat das Problem erkannt und die Bekämpfung der Ungleichheit zu einem der 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) gemacht. Um es zu erreichen, müssen laut Oxfam Geld und Macht radikal umverteilt werden. „Regierungen können die Schere zwischen Arm und Reich schließen, indem sie sich vom reinen Marktglauben lossagen und sich den Interessen mächtiger Eliten entgegenstellen“, heißt es in der im Februar erschienenen aktualisierten Zusammenfassung des Oxfam-Berichts „Even it up – time to end extreme

inequality“ von 2014. Nur so könnten gerechte Chancen für alle entstehen.

In einem Zehn-Punkte-Programm fordert Oxfam den Aufbau eines transparenteren wirtschaftlichen und politischen Systems, das die Rechte aller Bürger sichert. Dazu gehören unter anderem Regulierung und faire Besteuerung, weltweit gesetzliche Mindestlöhne in existenzsichernder Höhe, Sozialtransfers und kostenfreie Bildung und Gesundheitsfürsorge.

Ein großes Problem sieht die NGO in internationalen Steuerschlupflöchern. Entwicklungsländer verlören durch Steuervermeidung multinationaler Konzerne jährlich mindestens 100 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen (siehe auch E+Z/D+C 2017/3, S. 12). So werde Bangladesch jährlich um 310 Millionen Dollar gebracht – genug, um ein Fünftel der Ausgaben für Grundbildung zu finanzieren.

Besonders wichtig sei es auch, Chancengleichheit für Frauen zu schaffen, denn Geschlechter- und Einkommensungleichheit hingen eng zusammen. Studien zufolge erreichten in stark ungleichen Gesellschaften weniger Mädchen einen höheren Schulabschluss, seien weniger Frauen in Parlamenten vertreten, und das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern sei größer. Beispielsweise hätten die ärmsten auf dem Land lebenden Frauen in Äthiopien eine sechsmal geringere Chance, jemals eine Schule zu besuchen, als die reichsten Männer in der Stadt.

Oxfam fordert unter anderem gleiche Rechte für Männer und Frauen, etwa bei Erb- und Landrechten, eine gerechtere Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern und einen finanziellen Ausgleich für unbezahlte Pflege- und Betreuungsdienste.

Befragungen zufolge lehnen Menschen weltweit starke Ungleichheit als unfair, unmoralisch und schlecht für die Gesellschaft ab. Das zeigt sich aktuell etwa an Diskussionen zu exorbitanten Managergehältern in Deutschland und Europa und zu korrupten, sich bereichernden „Eliten“ weltweit. Regierungen müssten also lediglich auf ihre Bürger hören, so Oxfam, und stärker steuernd und regulierend eingreifen.

LINK

Oxfam, 2014: Even it up – time to end extreme inequality.

<https://www.oxfam.de/system/files/20141029-even-it-up-extreme-inequality.pdf>



Einkommensungleichheit verstärkt andere bestehende Ungleichheiten, etwa aufgrund ethnischer Zugehörigkeit: Viele Angehörige ethnischer Minderheiten in Thailand brauchen bei Behördengängen einen Dolmetscher.

AUTORITÄRE HERRSCHAFT

Prinzipien einhalten

Im Iran ist die Menschenrechtslage seit dem Atomabkommen von 2015 schlechter geworden. Die USA, Deutschland, Frankreich, Britannien, Russland und China hatten dem Land das Ende von Wirtschaftssanktionen im Gegenzug für den Stopp des Atomprogramms zugesagt. Nun müssen westliche Regierungen darauf dringen, dass Teheran die Menschenrechte einhält. Firmen, die dort Geschäfte machen, sollten auch darauf achten, fordert Amnesty International (AI).

Von Ellen Thalman

Einem aktuellen AI-Bericht zufolge haben staatliche Stellen im Iran 2016 die Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern verschärft. Festnahmen friedlicher Demonstranten und unfaire Gerichtsverhandlungen würden derweil zunehmend mit Sorge um die nationale Sicherheit begründet. Folter sei verbreitet, und 2016 seien Hunderte hingerichtet worden. Das Regime unterbinde auch Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen sowie gegen ethnische und religiöse Minderheiten nicht. Laut AI wertet die Justiz Kritik an der Menschenrechtslage und diesbezügliche Kontakte zu den UN und anderen internationalen Organisationen als kriminell.

Aus Sicht von Menschenrechtsaktivisten kann das Atomabkommen zur Freikarte werden, die dem Iran erlaubt, Verpflichtungen zu vernachlässigen, die dem Land aus internationalen Verträgen über Menschenrechte erwachsen. Iran hat unter anderem den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet.

Das Land kann sich auf dem Weltmarkt nun wieder dringend benötigte Güter und Technik beschaffen. Seinen Handelspartnern winken hohe Umsätze und Gewinne. René Wildangel von AI fordert aber, den Neustart als „Chance zur Verbesserung der Menschenrechtslage“ zu nutzen. Westliche Regierungen müssten Druck machen. Erweiterung und Vertiefung von Wirtschaftsbeziehungen sollten an Bedingungen geknüpft werden. So könnten beispielsweise Delegationen von Parlamentsmitgliedern aus Deutschland und anderen europäischen Ländern darauf bestehen, politische Gefangene zu besuchen.

Auch Ali Fathollah-Nejad erkennt derartigen Handlungsspielraum. Er arbeitet für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) sowie die Harvard Kennedy School. Er urteilt, die Eliten im Iran wüssten, dass sie den Westen brauchen – unter anderem wegen Technologie und Know-how.

Das iranische Regime weiß aber, dass andere autoritäre Regime mit westlichen Ländern Geschäfte machen, ohne wegen Menschenrechtsverletzungen nennenswerte Konsequenzen fürchten zu müssen. Fathollah-Nejad findet, der Westen müsse „kreativ denken“ und neue Wege zu finden, um auf die Menschenrechtslage im Iran Einfluss zu nehmen.

Der Politikwissenschaftler warnt aber davor, wieder lähmende Sanktionen zu beschließen. Das würde nur die Hardliner stärken. Bei einer DGAP-Veranstaltung in Berlin Ende Februar waren sich Iran-Experten einig, dass die Drohungen von US-Präsident Donald Trump, das Atomabkommen zu widerrufen, nicht hilfreich sind.

Fathollah-Nejad findet, westliche Regierungen folgten in der Nahost- und der Nordafrikapolitik dem „Paradigma autoritärer Stabilität“. Die Unterstützung von Diktaturen führe – wie der arabische Frühling dramatisch gezeigt habe – nicht zu dauerhafter Stabilität. Erschwerend komme hinzu, dass die Kooperation mit autoritären Regimen oft nur kleinen Eliten Vorteile bringe.

Das gilt auch für die neuen internationalen Wirtschaftskontakte des Iran. Laut einer Analyse der Nachrichtenagentur Reuters betrafen bislang von 110 Abkommen mit einem Gesamtwert von 80 Milliarden Dollar 90 Abkommen staatliche oder staatlich kontrollierte Unternehmen im Iran. Selbst Ayatollah Chamenei, der Oberste Religionsführer, sei beteiligt gewesen.

Die Fachwelt rechnet nicht damit, dass sich die Menschenrechtslage im Iran vor den Präsidentschaftswahlen im Mai verbessert. Amtsinhaber Hassan Rouhani will wiedergewählt werden. Hardliner werden ihm Schwäche vorwerfen und klagen, sein Atomabkommen habe Massen von Iranern nichts gebracht.

Iran-Beobachter finden indessen auch Trends zu populistischer Politik in westlichen Ländern alarmierend – besonders in den USA. Sie sind sich einig, dass die Lage für Menschenrechtsverteidiger in autoritär regierten Ländern umso schwieriger wird, je weniger westliche Länder ihre demokratischen Prinzipien selbst ernst nehmen.

LINK

Amnesty International: Annual Report – Iran 2016/2017.

<https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/iran/report-iran/>



Präsident Hassan Rouhani hofft, im Mai wiedergewählt zu werden.

KRISEN

Von der Welt vergessen



Burundi kommt nicht zur Ruhe: Protestmarsch gegen die Regierung in Bujumbura im Februar.

Beim Fundraising kommt den Medien eine wichtige Rolle zu, denn mit ihrer Berichterstattung beeinflussen sie das Spendenverhalten der Bevölkerung sowie das Handeln der Politiker. Leider gibt es weltweit viele Krisen, die es nicht in die Nachrichten schaffen, beklagt die Hilfsorganisation CARE.

Von Dagmar Wolf

In dem Bericht „Suffering in silence“ richtet CARE den Fokus auf die zehn humanitären Krisen, die 2016 am wenigsten Echo in den Medien fanden. Zu den vernachlässigten Krisen zählt die Lage in Eritrea. Das Land sei größtenteils von der Außenwelt abgeschnitten, Journalisten und Hilfsorganisationen hätten kaum Zugang zu humanitären Daten. Nach UN-Schätzungen haben rund 2 Millionen Menschen keinen adäquaten Zugang zur Nahrungsmittelversorgung, etwa 50 Prozent aller Kinder sind aufgrund von Mangelernährung in ihrem Wachstum beeinträchtigt. Monatlich fliehen rund 5000 Eritreer vor Konflikten, der Wirtschaftskrise und dem lebenslangen Militärdienst aus ihrem Land.

Als weiteres Land listen die Autoren Burundi auf. Hier habe sich ein politischer Konflikt seit 2015 zu einer Krise ausgeweitet,

in der 3 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen seien. Aufgrund von gewalttätigen Konflikten könnten Bauern ihr Land nicht mehr bestellen, und Frauen und Kinder hätten keinen Zugang zu grundlegenden sozialen Versorgungsleistungen wie Gesundheitsversorgung, Nahrungshilfe, Wasser- und Sanitärversorgung. Inzwischen seien 130 000 Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht, 300 000 suchten Schutz in Nachbarländern.

Auch Nordkorea gehöre zu den Ländern, über die 2016 kaum berichtet wurde. Es dringen nur wenige Informationen über die humanitäre Situation der Menschen nach außen. Schätzungen zufolge haben aber 70 Prozent der Menschen nicht genug zu essen.

Über die Demokratische Republik Kongo, wo seit über 20 Jahren ein bewaffneter Konflikt tobt, wurde ebenfalls wenig berichtet. Die zunehmende Gewalt im Jahr 2016 lasse wenig Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Viele Kinder und Heranwachsende kennen nichts anderes als Krieg und Gewalt.

Das Land befinde sich in einer zunehmenden humanitären Krise. Der andauernde Kampf zwischen bewaffneten Gruppen, die Dürre und die Auswirkungen des Klimaphänomens El Niño sowie die Flüchtlingsströme aus den benachbarten Ländern Bu-

rundi, Zentralafrikanische Republik und Südsudan würden die ohnehin desaströsen Lebensbedingungen der Menschen noch weiter verschlechtern, warnen die Autoren.

Diese und weitere Krisen – etwa in Madagaskar, am Tschadseebecken, in Bangladesch, Papua-Neuguinea, der Zentralafrikanischen Republik und im Sudan – dürften nicht vom medialen Schirm rutschen, denn „Krisen vergessen heißt Menschen vergessen“. So lautet die gleichnamige Kampagne, mit der CARE gemeinsam mit zehn weiteren deutschen Hilfsorganisationen und dem Auswärtigen Amt auf das Schicksal von Millionen Menschen aufmerksam machen. Diese benötigten dringend Hilfe zum Überleben. Um diese zu ermöglichen, fordert CARE:

- Konfliktsituationen müssen beendet werden. Hierzu müssen sich Politiker ihrer Verantwortung stellen, und der UN-Sicherheitsrat muss reformiert werden.
- Es müssen mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden: Große humanitäre Katastrophen dürfen nicht länger ignoriert, Finanzierungsentscheidungen nicht länger von politischen Interessen abhängig gemacht werden.
- Das humanitäre Völkerrecht muss eingehalten werden: Angriffe auf Helfer müssen gestoppt, Verbrechen gegen das Völkerrecht geahndet werden.
- Die Rolle lokaler Verantwortlicher muss gestärkt werden: Sowohl nationale als auch lokale Katastrophenabwehrkapazitäten müssen gestärkt werden.
- Frauen müssen als Agenten des Wandels engagiert werden: Obwohl Frauen am stärksten von Konflikten betroffen sind, seien beispielsweise 2013 nur ein Prozent aller Finanzmittel für fragile Staaten in Frauengruppen geflossen, und das, obwohl humanitäre Aktionen am erfolgreichsten seien, wenn sie sich direkt an Frauen wenden.
- Die Rolle der Medien muss gestärkt werden: Massive Budgetkürzungen haben dazu geführt, dass immer weniger Journalisten von vor Ort berichten können.

LINKS

CARE, 2017: Suffering in silence: The 10 most under-reported humanitarian crises of 2016.

http://insights.careinternational.org.uk/media/k2/attachments/REPORT_Suffering_in_Silence_web_version.pdf

Kampagne #nichtvergesser:

<http://www.nichtvergesser.de>



Federal Ministry
for Economic Cooperation
and Development



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Einladung zur Einreichung von Beiträgen

PEGNet Konferenz 2017

Ungleichheit – Ursachen und Folgen

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zentrum für Entwicklung und Kooperation, Zürich, Schweiz

11.-12. September, 2017

Das „Poverty Reduction, Equity and Growth Network“ (PEGNet) fördert den Dialog zwischen Forschern, Praktikern sowie politischen Entscheidungsträgern und bietet eine Plattform für die Präsentation und Diskussion von Forschungsarbeiten an, die für die Ausgestaltung und Umsetzung von Politikmaßnahmen relevant sind. Interessenten können auch dieses Jahr für die Jahreskonferenz 2017 wissenschaftliche und projektbezogene Forschungsbeiträge einreichen. Zudem ist die Bewerbung für den Best Practice Award offen, mit dem herausragende Kooperationsinitiativen von Forschung und Entwicklungspraxis geehrt werden.

Die Bewerbungsfrist für die Kurzfassung ist der **1. Mai 2017**. Bitte senden Sie diese als pdf oder Word Dokument mit dem Betreff „PEGNet Conference 2017“ an pegnet@ifw-kiel.de. Der Einsendeschluss für die vollständigen Papiere sowie zusätzliches Material für den Best Practice Award ist der **1. August 2017**.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Konferenzseite: www.pegnet.ifw-kiel.de

Media Partner: **D+C·E+Z**

Maisernte in Gefahr

Eine neue Plage bedroht den Maisanbau in mehreren afrikanischen Ländern und gefährdet die Ernährungssicherheit. Es handelt sich um den sogenannten Heerwurm, der eigentlich eine Art Motte ist, deren Raupen sich durch die Felder fressen. Die Parasiten sind in Nord- und Südamerika beheimatet und wurden 2016 zum ersten Mal in Afrika gesichtet. Sie kommen aber inzwischen in Westafrika ebenso wie im Süden und Osten des Kontinents vor; so etwa sind Ghana, Nigeria, Südafrika und Sambia davon betroffen.

Der wissenschaftliche Name des Heerwurms lautet *Spodoptera frugiperda*. Die Raupen dieser Motte fressen fast alles: Mais, Soja, Erdnüsse und Kartoffeln. Am schlimmsten sind die Auswirkungen auf Mais. Junge Pflanzen sterben ab, und bei älteren Pflanzen wird der Maiskolben von innen her zerstört. Die Bauern merken deswegen zu spät, dass ihre Felder infiziert sind. Abhängig vom Grad des Befalls werden zwischen 15 Prozent und 73 Prozent der Ernte vernichtet.

Die UN Food and Agriculture Organization (FAO) veranstaltete Mitte Februar in Harare, Simbabwe, eine Krisensitzung. Mindestens sieben Länder des südlichen Afrikas sind inzwischen betroffen. Zusammen macht dies über 70 Prozent der Bevölkerung dieser Region aus. Laut David Phiri, Regionalkoordinator der FAO, ist der „Heerwurm eine neue Bedrohung im südlichen Afrika. Wir sind sehr besorgt bezüglich des Aufkommens,

der Intensität und Verbreitung dieser Plage. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein Großteil der Region betroffen ist.“

Bei der Krisensitzung einigten sich 16 afrikanische Länder auf Aktionspläne. Mit Hilfe von Frühwarnsystemen und Bereitschaftsplänen wollen sie Nutzpflanzenplagen und Nutztierkrankheiten in der Region besser bewältigen.

Laut Sambias Landwirtschaftsministerin Dora Siliya hat der Heerwurm bis Mitte Februar bereits rund 124 000 Hektar kultivierte Maisfelder des Landes vernichtet. Diese Zerstörung kann zu Nahrungsknappheit in Sambia und den Nachbarländern Malawi und Simbabwe führen, die auf Importe aus Sambia angewiesen sind. In der aktuellen Erntesaison hat der Heerwurm auch Maisfelder in Malawi zerstört. Sambias Präsident Edgar Lungu befahl der Luftwaffe, Chemikalien zu verteilen, um die Plage unter Kontrolle zu bekommen. Doch nicht alle Bauern haben Zugang zu diesen Chemikalien. Die Bäuerin Maria Chilonga berichtet, dass sie stattdessen Waschmittel nutzen musste. „Ich habe das Waschpulver auf die Maisblätter geschmiert“, berichtet sie. „Einige Würmer starben, aber der Großteil meiner Ernte wurde zerstört.“



HUMPHREY NKONDE
ist Journalist und
Medienwissenschaftler.
Er lebt in Ndola, Sambia.
[zpeopleandplaces@
gmail.com](mailto:zpeopleandplaces@gmail.com)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



Heerwürmer auf Maispflanzen.

MENA

Der Maghreb ist gefährdet

Ohne nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist die politische Stabilität im Maghreb gefährdet. Für die Sicherheit Europas hätte dies fatale Folgen.

Von Nassir Djafari

Vor mehr als sechs Jahren nahm die „Arabellion“ in einer tunesischen Provinzstadt ihren Anfang und verbreitete sich rasant in der gesamten arabischen Welt. Millionen Menschen gingen gegen soziale Ungerechtigkeit, Despotie und Korruption auf die Straße. Europa applaudierte und setzte große Hoffnungen in den demokratischen Wandel. Tunesien ist es als bisher einzigem arabischen Land gelungen, seinen Diktator nicht nur zu stürzen, sondern durch eine funktionierende Demokratie zu ersetzen.

In Marokko hielt sich der König an der Macht, weil er punktuelle Reformen durchführte. In Algerien war die Bevölkerung von dem fast zehnjährigen Bürgerkrieg während der 1990er-Jahre noch zu erschöpft, um vollends aufzubegehren. Libyen zerfiel als Staat und wurde zum Risiko für die gesamte Region. Durch die eskalierende Gewalt in Syrien und Irak gerieten die Maghrebstaaten allerdings bald wieder aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Erst als sich in Europa Anschläge häuften, an denen Attentäter aus dem Maghreb maßgeblich beteiligt waren, wurde deutlich, dass sich in Nordafrika etwas zusammenbraut, was Europa unmittelbar bedroht.

An den sozialen Verhältnissen, die 2011 zu Massenprotesten geführt hatten, hat sich indessen nichts verändert. Tunesien steht heute wirtschaftlich noch schlechter da als 2011. Die verschärfte Sicherheitslage hat zu einem Rückgang des Tourismus, der Haupteinnahmequelle des Landes, geführt. In allen drei Ländern herrscht durch eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Gängelung durch korrupte staatliche Behörden eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit. Zwar leiteten die Regierungen Reformen ein, die aber aus Furcht vor erneuten sozialen Erhebungen halbherzig blieben. So

scheut sich etwa Algerien, eine notwendige Steuerreform durchzuführen und die kaum noch finanzierbaren Subventionen für Nahrungsmittel und Treibstoff abzubauen. In Tunesien scheitert eine Reform der öffentlichen Verwaltung daran, dass die Regierung davor zurückschreckt, die extrem hohe Zahl der Staatsangestellten zu reduzieren.

Derweil türmen sich die sozialen Probleme der Menschen weiter auf und entladen sich erneut in Massendemonstrationen. In Tunesien brachen im Januar 2016 die heftigsten sozialen Unruhen seit 2011 aus. Auch in Marokko und Algerien kam es wegen Schikanen der Behörden und Kürzung von Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Proteste eskalieren. Heute ist das politische Gemisch in der Großregion mit ISIS, den Bürgerkriegen im Nahen Osten sowie dem Chaos in Libyen sogar noch explosiver als vor der Arabellion.

Die Politik der EU und ihrer Mitgliedsländer gegenüber dem Maghreb indessen ist stark von innenpolitischen Zielen geprägt. Sie konzentriert sich darauf, abgelehnte Asylbewerber und Straftäter aus der Region in ihre Heimatländer zurückzuführen, bilaterale Rücknahmeabkommen zu schließen und Auffangzentren für Flüchtlinge in Nordafrika zu installieren. Nebenbei erwähnt die EU, dass die Länder mehr Entwicklungshilfe erhalten sollen. Sie droht aber auch immer, diese den betreffenden Ländern zu streichen, wenn sie nicht kooperieren.

So berechtigt die derzeitige Debatte innenpolitisch ist, so kurzfristig wäre die Ausblendung der Risiken eines wirtschaftlich geschwächten und politisch gefährdeten Maghreb für Europa. Um diesen Gefahren zu begegnen, ist eine konzertierte Aktion von EU und Mitgliedsländern, allen voran Deutschland und Frankreich, notwendig, um dazu beizutragen, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Hierzu bedarf es zur Unterstützung einer nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung eines Instrumentenmixes, der über die Entwicklungszu-



Junge Tunesier protestierten im Februar 2016 vor dem Arbeitsministerium gegen Arbeitslosigkeit.

sammenarbeit hinausgeht. Denn die EU ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner der drei nordafrikanischen Länder.

Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere der Abbau von Handelshemmnissen, kann dem Privatsektor neue Spielräume eröffnen und dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und damit der enttäuschten Jugend Perspektiven im eigenen Land zu bieten. Dabei sollte die Politik mehr auf Dialog als auf Konditionalitäten oder gar Drohungen setzen. Denn Europa ist mehr denn je auf Frieden und Stabilität in Nordafrika angewiesen.



NASSIR DJAFARI
ist Ökonom und
freier Autor.

nassir.djafari@gmx.de

MARGINALISIERUNG

Anglophone Bevölkerung benachteiligt

Auf den ersten Blick ist Kamerun ein leuchtendes Beispiel für ein afrikanisches Land, das es geschafft hat, verschiedene politische, historische und kulturelle Identitäten in einer gemeinsamen Nation zu vereinen. Doch die jüngsten Spannungen in den anglophonen Regionen des Landes offenbaren die Schwächen des politischen Systems und haben eine ernste Krise ausgelöst. Sie hat ihren Ursprung in jahrelanger Unzufriedenheit und gescheitertem Nationbuilding.

Von Jonathan Bashi

Die Republik Kamerun besteht in ihrer heutigen Form seit 1972. Sie entstand aus dem Zusammenschluss von Französisch-Kamerun, das 1960 die Unabhängigkeit von Frankreich erlangt hatte, und dem südlichen Teil von Britisch-Kamerun, das sich 1961 in einer Volksabstimmung für die Vereinigung entschieden hatte. Diese basierte auf den Grundsätzen von Gleichheit und Respekt; so sollten nationale Einheit und Zusammenhalt gesichert werden. Sowohl Französisch als auch Englisch wurden als Amtssprachen anerkannt, und sowohl die französische als auch die britische Rechtsordnung fanden Eingang ins Justizsystem.

Trotzdem fühlte sich der englischsprachige Teil der Bevölkerung von Anfang an benachteiligt. Er wirft der französischsprachigen Mehrheit vor, seine spezielle Kultur und Geschichte im Namen nationaler Einheit Stück für Stück zu unterdrücken. In der Tat scheint die Regierung die frankophone Lebensart und Kultur zu bevorzugen. Zudem bekommen anglophone Kameruner keine wichtigen Positionen im Staat, sondern nur Stellvertreterposten ohne wirkliche Macht – sogar in den englischsprachigen Regionen. Eine derartige Diskriminierung findet auch in den meisten staatlichen Unternehmen und im Justizsystem statt.



Kameruns Bildungssystem wird von der französischsprachigen Mehrheit dominiert – stellenweise zum Nachteil von Schülern wie dem sechsjährigen Nguewou Arthur, der den englischsprachigen Zweig einer Schule in der Hauptstadt Yaoundé besucht.

Dieser Hintergrund erklärt, wie aus einem Streikaufruf der Lehrgewerkschaft im November eine große Protestbewegung entstehen konnte. Die Menschen im anglophonen Kamerun ergriffen die Gelegenheit, um ihrem Ärger über die erfahrene Marginalisierung und Diskriminierung Luft zu machen.

Der Streik richtete sich gegen die Dominanz französischsprachiger Lehrer an englischsprachigen Schulen. Sie geht so weit, dass sogar frankophone Lehrkräfte dort Englisch unterrichten. Anwaltsvereinigungen riefen ebenfalls zum Streik auf, um gegen die frankophone Vorherrschaft im Justizsystem zu protestieren und eine bessere Anerkennung des britischen Common Law einzufordern.

Vereinzelte kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei, Autoreifen brannten, und die Nationalflagge wurde angezündet. Die Regierung reagierte mit harter Repression. Unter anderem ließ sie Oppositionsführer festnehmen und den Internetzugang in den anglophonen Gebieten kappen.

Diese Krise ist nicht allein ein Konflikt zwischen dem englischsprachigen Teil der Bevölkerung und der Regierung

Kameruns. Sie ist Ausdruck vielschichtiger Probleme in der Regierungsführung, die das gesamte Land betreffen. Präsident Paul Biya, der seit 1982 im Amt ist, pflegt einen autoritären Regierungsstil. Die Proteste zeigen den tiefen Graben zwischen der Regierung und dem Volk, das sich nicht mit ihr identifiziert. Zudem haben sehr viele Menschen – auch in den französischsprachigen Regionen – den Eindruck, dass ihr Wohl nicht die oberste Priorität der Machthaber ist.

So wurde aus dem Streik und den Forderungen einer Minderheit ein Kampf für wahre Demokratie, Meinungsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung. In Reaktion darauf sollte die Regierung in einen offenen Dialog mit den Bürgern treten und das politische System dahingehend ändern, dass sich alle Kameruner, frankophone wie anglophone, frei äußern und entfalten können.



JONATHAN BASHI hat an der University of London's School of Law promoviert und arbeitet jetzt als Berater und Juradozent in der DR Kongo.

NOTHILFE

Menschenleben retten



Hungersnot in Ostafrika? Nicht schon wieder! So oder ähnlich mag denken, wer sich Berichterstattung und Spendenaufkommen in der westlichen Welt für Katastrophen in Afrika anschaut.

Von Christoph Schneider-Yattara

Leider hat es in der Tat schon viele Hungerkatastrophen gegeben. Wahr ist aber auch, dass jahrzehntelange Bürgerkriege und schlechte Regierungsführung Folgen haben. Am Ende leiden und sterben vor allem Kinder, Frauen und Alte – die Schwächsten der Gesellschaft. Sie verdienen Hilfe.

Manche halten Klimawandel für eine politische Erfindung, andere erkennen seine lebensbedrohende Realität. Ostafrika war 2015 und 2016 Dürren und Hochwassern ausgesetzt, und Anfang 2017 ging es gleich mit dem Ausfall der Regenzeit weiter. Das hat mit dem Wechsel von El Niño und La Niña zu tun – aber die Ausschläge werden stärker.

Ausbleibender Regen bedeutet Wassermangel und kahle Felder. Flüsse trocknen aus, Quellen versiegen. Pastoralisten (Wanderhirten) finden keine Weideflächen. Tierkadaver säumen Straßenränder, was ein Anzeichen für eine drohende Hungersnot ist.

Herden sind in Ostafrika Erwerbsgrundlagen und Vermögensanlagen. Sterben die Tiere, verlassen viele Menschen ihre Heimat. Hunderttausende sind in Ostafrika aktuell auf der Flucht vor dem Hungertod. Sie verstärken eine regionale Migrationskrise, die Europäer kaum wahrnehmen.

In Ost- und Zentralafrika wollen Menschen Dürre, Hunger, Terror und Bürgerkriegen entkommen. Mangel und Gewalt sind dabei eng verknüpft, denn Konflikte um knappe Ressourcen nehmen zu. Abwanderung gibt es im Sudan, dem Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda, Somalia, Burundi, Eritrea, Äthiopien, Kenia und jenseits des Roten Meeres im Jemen.

Nur wenige Flüchtlinge kommen nach Europa. Die meisten bleiben in der Region. Obwohl Äthiopien nicht so reich ist wie europäische Länder, sind seine Grenzen offen. Derzeit kommen UN-Daten zufolge rund 900 Menschen pro Tag nach Äthiopien und sogar rund 3000 nach Uganda.

In Äthiopien benötigen laut dem kirchlichen Bündnis ACT Alliance aktuell 5,6 Millionen Menschen Lebensmittelhilfe. 9,1 Millionen haben keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser. 1,9 Millionen Familien brauchen Hilfe, damit ihre Tiere überleben, und 500 000 sind auf neues Saatgut angewiesen.

Wenn ihre Tiere sterben, verlieren die Menschen die Hoffnung: Bulle an der somalisch-äthiopischen Grenze im März 2017.

In Somalia brauchen derzeit 6,2 Millionen Menschen – rund die Hälfte der Bevölkerung – Nahrungsmittelhilfe. Geschwächte Körper sind für Infektionen anfällig, und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass mehr als 5 Millionen Somalier in akuter Gefahr schweben, an Cholera zu erkranken.

In Kenia sind derzeit 2,7 Millionen von Dürre und Hunger betroffen. Am schlimmsten ist die Lage laut UN-Amt für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (OCHA – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) im Grenzgebiet zu Äthiopien und Somalia.

Hilfe ist möglich. Zunächst werden dringend Spendengelder benötigt. Es geht um nichts Geringeres als darum, Leben zu retten. Im ersten Halbjahr 2017 werden laut OCHA allein für Äthiopien, Kenia und Somalia 2 Milliarden Dollar gebraucht. Aber auch die Not in anderen Ländern ist wichtig. Für insgesamt 23,4 Millionen betroffener Ostafrikaner werden über 6,7 Milliarden Dollar benötigt. Nur die Hälfte davon steht bislang zur Verfügung.

In den vergangenen Jahren beliefen sich die Spenden nur auf etwa ein Drittel des Bedarfs. Entsprechend limitiert waren die Möglichkeiten der Hilfsorganisationen.

Hungersnöte kündigen sich langsam an und sind abwendbar, wenn rechtzeitig gehandelt wird. Wasser und Nahrungsmittel müssen bereitgestellt werden. Krankheiten müssen verhindert werden. Saatgut muss vorgehalten und verteilt werden, damit die Felder im richtigen Moment wieder bestellt werden können. Die logistischen Probleme sind groß, aber zu meistern.

Ein Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel der UN ist, bis 2030 den Hunger auszurotten. Dieses Ziel ist erreichbar – erfordert aber entschlossenes Handeln. Ein altes Zitat von Franklin D. Roosevelt ist unvermindert aktuell: „Der Test unseres Fortschritts ist es, nicht noch mehr zum Überfluss derjenigen hinzuzufügen, die zu viel haben, sondern ob es uns gelingt, genug für diejenigen bereitzustellen, die zu wenig haben.“



CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA

leitet in Addis Abeba das Horn-von-Afrika-Büro von Brot für die Welt
csyattara@bregional.org

WAHLEN

Verfassung zählt nicht



Demonstration gegen Präsident Juan Orlando Hernández im Februar in Tegucigalpa.

Wiederwahl ist in Honduras ein Unwort. Juan Orlando Hernández nimmt es trotzdem in den Mund. Seine Wiederwahl im November wäre verfassungswidrig – doch das stört den Präsidenten nicht. Die Demokratie in Honduras könnte dann endgültig begraben werden.

Von Rita Trautmann

Nach den düsteren Erfahrungen der Militärdiktaturen gab sich Honduras 1982 eine Verfassung, die die Wiederwahl des Präsidenten unabänderlich verbot. Die übrige Verfassung wurde jedoch nicht an die neuen Gegebenheiten angepasst. Dementsprechend gibt es viel Reformbedarf.

Als der linke Präsident Manuel Zelaya eine Volksbefragung machen wollte, ob bei der Präsidentschaftswahl 2009 gleichzeitig über die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung abgestimmt werden sollte, läuteten bei den Eliten die Alarmglocken. Sie unterstellten ihm, eine Wiederwahl anzustreben, und das diene dann als Vorwand für einen Putsch.

Seitdem regiert die Nationale Partei mit harter Hand und leistete sich 2012 einen weiteren Verfassungsbruch: Der Kongress setzte vier der fünf Verfassungsrichter ab, weil diese ein Urteil gegen eine Kongressentscheidung gefällt hatten. Die Verfassung zählt also wenig, und so verwundert es nicht,

dass Hernández das Tabu der Wiederwahl ganz offensiv angeht. Mit juristischen Spitzfindigkeiten hebt die Regierungspartei den entsprechenden Verfassungsartikel 239 aus.

Darf über Wiederwahl gesprochen werden? Macht sich ein Präsident strafbar, wenn er für die Wiederwahl eintritt? Und ist ein Verbot der Wiederwahl überhaupt verfassungskonform? Mit diesen Fragen mussten sich die Verfassungsrichter auseinandersetzen. Das Gericht urteilte im April 2015 ganz im Sinne der Machthaber, dass Artikel 239 die internationalen Menschenrechtsnormen verletze. Dieses Urteil ist paradox und unterhöhlt die Demokratie auf schlimmste Weise.

Die Verfassung ist das oberste Gesetz eines demokratischen Staates, und ihre Einhaltung unterliegt dem Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht stuft in dem Urteil einen Artikel der Verfassung als verfassungswidrig ein. Wenn die Instanz, die für die Einhaltung der Verfassung verantwortlich ist, diese selbst anzweifelt, auf wessen Urteil ist dann Verlass? Zudem geht es um die wichtigste Säule der Demokratie: die Unabhängigkeit von Judikative, Legislative und Exekutive. In Hernández' Amtszeit zeigte sich deutlicher denn je, dass Gewaltenteilung in Honduras nicht existiert. Gewinnt er die nächsten Wahlen, ist der Weg frei für eine Autokratie.

Das Drama um die Wiederwahl wirkt vor dem Hintergrund des Putsches von 2009 geradezu lächerlich. Dieser wurde damit gerechtfertigt, dass eine Wiederwahl Zelayas verfassungswidrig sei. Nun zeigt sich, dass es nicht um die Wiederwahl per se geht, sondern darum, wer sie anstrebt. Im Gegensatz zu Zelaya hat Hernández die wahren Machthaber hinter sich. In seiner Zeit als Kongresspräsident hat er das Militär gestärkt und Gesetze verabschiedet, die die Oligarchie weiterhin bevorteilen.

Ausgerechnet Hernández argumentiert nun, er brauche mehr Zeit, um nötige Veränderungen im Land voranzutreiben. Dabei fällt die Bilanz seiner Regierung verheerend aus. In einem Korruptionsskandal von bisher ungekanntem Ausmaß entzog seine Partei dem Sozialversicherungsinstitut für ihren Wahlkampf 350 Millionen Dollar. Das führte zu einer enormen Krise in staatlichen Krankenhäusern und verursachte durch Medikamentennotstand den Tod von mehr als 3000 Menschen.

Auch die Menschenrechtslage ist verheerend. Nirgends auf der Welt werden so viele Umweltaktivisten ermordet wie in Honduras. Auch Anwälte leben höchst gefährlich, und bei der Pressefreiheit liegt das Land auf Platz 137 von 180. Gewalt, fehlende Sicherheit und zunehmende Militarisierung behindern die demokratische Entwicklung. Der Kampf gegen Drogen wird auf Druck der USA geführt – fördert aber enge Verbindungen von Regierung, Polizei und Militär mit dem Drogenhandel zutage.

Die Rechtsmittel, um eine Wiederwahl Hernández zu verhindern, sind ausgeschöpft. Einzig ein breiter Widerstand der Bevölkerung oder die USA könnten ihn noch stoppen, doch Präsident Donald Trump scheint kein Interesse daran zu haben. Honduras braucht einen verbindlichen Rechtsstaat, Gewaltenteilung und ein funktionierendes Mehrparteiensystem. Damit könnte das Land nicht nur Demokratie erreichen, sondern auch Armut, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen überwinden.



RITA TRAUTMANN
ist Ethnologin. Sie war als
Fachkraft für den Deutschen
Entwicklungsdienst in
Honduras tätig und ist

seit 2011 in der Menschenrechtsarbeit zu Honduras aktiv.

tari@protonmail.com

USA

Unstaatsmännisch

Dass der Habitus von US-Präsident Donald Trump afrikanischen oder zentralasiatischen Despoten, aber nicht demokratischen Normen entspricht, haben diverse Beobachter festgestellt – darunter der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman und der TV-Satiriker Trevor Noah. Trump lügt, stützt sich auf Spezis und pflegt die Wirtschaftsinteressen seines Clans. Er hält wenig von Gewaltenteilung und zeigt kaum Interesse an handwerklich sauberer Gesetzgebung. Er wittert überall Verschwörungen, kann aber großspurige Versprechen nicht erfüllen.

Von Hans Dembowski

Seine ersten zwei Amtsmonate waren chaotisch. Er behauptete, mehr Zuschauer wären bei seiner Vereidigung dabei gewesen als je zuvor. Fotos bewiesen das Gegenteil. Ohne Beweise sagte er, Millionen Stimmen seien illegal abgegeben worden. Seine Einreiseverbote für Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern waren so schlecht konzipiert, dass sie vor Gericht scheiterten, woraufhin er Richter lächerlich machte. Später bezeichnete er kritische Medien als „Volksfeinde“. Bundeskanzlerin Angela Merkel wollte er vor laufenden Kameras nicht die Hand geben und seinem Vorgänger warf er vor, im Wahlkampf seine Telefone abgehört zu haben – abermals ohne Beweise.

Trumps erster Sicherheitsberater musste wegen Lügen über Kontakte zur russischen Regierung zurücktreten, und aus ähnlichen Gründen gab sein Justizminister kurz darauf zu, er könne wegen Voreingenommenheit keine Ermittlungen leiten, die sich auf russische Einflussnahme im Wahlkampf beziehen. Russische Spione stehen im Verdacht, die Computer der Partei von Trumps Gegenkandidatin gehackt zu haben.

Bislang vermieden US-Präsidenten Interessenkonflikte sorgfältig. Trump tut das nicht. Seine Söhne managen die Marken, die dank seines Amtes nun noch bekannter sind. Die „Emoluments Clause“ der US-Verfassung untersagt es dem Staatschef, Geld oder Vorteile von ausländischen Regierungen anzunehmen. China hat aber der



Trevor Noah benennt Donald Trumps Ähnlichkeiten mit Jacob Zuma.

Trump Organization in diesem Jahr drei Dutzend Markenzeichen bewilligt.

Besonders interessant ist, ob Trump russische Geldgeber hat. Nach mehreren Insolvenzen leihen die meisten US-Banken seiner Unternehmensgruppe kein Geld mehr. Wie finanziert sie Großinvestitionen? Veröffentlichte Trump seine Steuererklärungen, käme sofort Licht in die Sache. Er will aber nicht. Zwielfichtige Finanzen sind für autoritäre Herrscher typisch.

Ende Februar lobten viele Journalisten Trump für prääsidentenhaftes Verhalten. Er hatte eine vergleichsweise milde Rede im Kongress gehalten. Allerdings fand die Washington Post darin 13 „bemerkenswerte“ Unwahrheiten. Zudem muss ein US-Präsident nicht nur Wahlkampfversprechen wiederholen, sondern auch Gesetzgebung kompetent einleiten.

Zwei wichtige Versprechen waren Steuersenkungen und die Rücknahme der Gesundheitsreform seines Vorgängers. Trumps Parteifreunde, die Republikaner, haben die Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Sie haben aber ein Problem. Wie E. J. Dionne (2016) in einem klugen Buch schreibt, versprechen sie seit Jahren unmögliche Dinge. Sie behaupten seit Jahren, sie könnten, ohne US-Bürgern wehzutun, die Steuern senken und Obamacare streichen.

Im wirklichen Leben ist Staatshandeln aber wichtig. Im März scheiterte das neue Gesundheitsgesetz im Repräsentan-

tenhaus. Einigen republikanischen Abgeordneten ging es zu weit, anderen nicht weit genug. Wie auch immer die Partei entscheidet, sie muss viele Wähler enttäuschen. Trump wies in dieser Krise nicht den Weg, sondern wiederholte leere Wahlkampfversprüche.

Dass er die Rüstungsausgaben dramatisch steigern will, verschärft die Budgetprobleme. Derweil wirkt die Außenpolitik orientierungslos. Es bleibt unklar, wie die Trump-Regierung zu multilateralen Institutionen wie den UN, der WTO oder der Nato steht. Trumps Außenminister tritt in Washington kaum in Erscheinung, aber das Weiße Haus setzt auf das diplomatische Können des jungen und unerfahrenen Schwiegersohns des Präsidenten. Auch er hatte übrigens Kontakt zum russischen Botschafter. Wie in autoritären Systemen üblich, sind gute Kontakte wichtiger als rechtlich definierte Zuständigkeiten.

Trump will „Amerika wieder groß machen“. Bislang scheinen er und seine Partei allerdings von selbstgemachten Problemen überfordert zu sein. Was in einer echten Krise geschehen könnte, ist unheimlich.

QUELLE

E. J. Dionne, 2016: *Why the right went wrong*. New York: Simon and Schuster.

SDG

Akzeptanz statt Zwang



Die UN-Generalversammlung, hier bei der Amtseinführung von Generalsekretär António Guterres, hat die Agenda 2030 als Resolution verabschiedet.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird auch als „Weltzukunftsvertrag“ bezeichnet, unter anderem von Entwicklungsminister Gerd Müller. Das Dokument ist zwar kein Vertrag im juristischen Sinn, sondern als nicht bindendes „Soft Law“ zu qualifizieren, gibt aber in weiten Teilen bereits geltendes Völkerrecht wieder.

Von Markus Kaltenborn und Heike Kuhn

Die UN-Generalversammlung hat die Agenda 2030 am 25. September 2015 als Resolution verabschiedet. Im Unterschied zu völkerrechtlichen Verträgen sind Resolutionen rechtlich nicht verbindlich, gehören also zum sogenannten völkerrechtlichen Soft Law. Das wirft die Frage auf, welche rechtliche Relevanz ein solches Dokument überhaupt haben kann.

Zweifel daran sind weit verbreitet. Doch Soft-Law-Normen sind für die Völkerrechtsentwicklung von großer Bedeu-

tung. Ihre rechtliche Aufgabe besteht vor allem darin, bei der Vorbereitung von Kodifikationen und der Herausbildung neuen Völkergewohnheitsrechts mitzuwirken. Ihre politische Funktion dürfte aber noch deutlich wichtiger sein: Angesichts der vielfältigen internationalen Interessenkonflikte fällt es Regierungen zunehmend schwer, eine gemeinsame Basis für den Abschluss neuer, inhaltlich umfassender Verträge zu finden. Daher greifen sie insbesondere auf multilateraler Ebene gerne auf „weiche“ Steuerungsinstrumente zurück. Denn Soft-Law-Normen bedürfen keiner parlamentarischen Billigung oder – wie im Fall des Gewohnheitsrechts – langjährigen Staatenpraxis. Daher sind sie häufig besser geeignet, frühzeitig auf eine internationale Herausforderung zu reagieren, als harte Rechtsvorschriften („Hard Law“).

Soft Law zielt auf Akzeptanz statt auf Zwang ab – ein nicht zu unterschätzender Vorteil im politischen Geschäft.

Hohe Akzeptanz und Gruppendruck („Peer Pressure“) sind wichtige Motivatoren. Ob Soft Law respektiert wird, zeigt sich an der Einhaltung von Berichtspflichten und vergleichbaren Monitoring-Mechanismen, die transparent und allgemein zugänglich sind. Regierungen nutzen das Soft Law auch deshalb gerne, weil sie sich damit auf Inhalte einigen können, die über einen politischen Minimalkonsens hinausgehen. Gerade der letztgenannte Aspekt war zweifellos auch für die Verabschiedung der Agenda 2030 als Resolution ausschlaggebend – denn ein rechtlich verbindlicher Vertragsschluss mit auch nur annähernd denselben Inhalten war angesichts des schwierigen Stands der internationalen Beziehungen illusorisch.

SDG UND MENSCHENRECHTE

Auch wenn also die Agenda 2030 selbst nicht als rechtsverbindlicher völkerrechtlicher Vertrag einzustufen ist, so enthält sie doch zahlreiche Verweise auf das Völkerrecht und gibt in weiten Teilen bereits geltendes Recht wieder. Die Staatenvertreter appellieren damit insoweit an sich selbst, das Völkerrecht einzuhalten. Das ist zwar keine neue Situation, aber die hohe Aufmerksamkeit, die die Agenda 2030 erzielt hat, verbunden mit dem vorgesehenen Überprüfungsmechanismus, wird international mehr Transparenz herstellen als je zuvor.

In welchem Umfang die Sustainable Development Goals (SDGs) bereits den Vorgaben des Völkerrechts entsprechen, zeigt ein Blick auf die Menschenrechte. Das Dokument nimmt an mehreren Stellen ausdrücklich auf sie Bezug. So heißt es etwa in der Präambel, dass die „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung ... darauf gerichtet (sind), die Menschenrechte für alle zu verwirklichen“. Zwischen einzelnen SDGs und zentralen Menschenrechtsnormen besteht ein enger Zusammenhang. So fordert zum Beispiel SDG 2.1, „bis zum Jahr 2030 den Hunger (zu) beenden und sicher(zu)stellen, dass alle Menschen, insbesondere

die Armen und Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kleinkindern, ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben“. Das entspricht exakt den Vorgaben, die zum Recht auf Nahrung in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR) und in dem dazu vom UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verabschiedeten General Comment 12 formuliert worden sind. Das mit dem Recht auf Nahrung eng verbundene Recht auf Wasser hat der UN-Ausschuss in seinem General Comment 15 konkretisiert. Die dort beschriebenen Anforderungen an die Implementierung dieses Rechts stimmen weitgehend mit den Forderungen überein, die die Weltgemeinschaft im SDG 6 aufgestellt hat.

Die neuen Entwicklungsziele im Bereich der globalen Gesundheit (SDG 3) bilden in etwa das ab, was auch das in Artikel 12 IPWSKR verankerte Recht auf Gesundheit und der zur Präzisierung ausgearbeitete General Comment 14 verlangen. Weitere Parallelen bestehen zwischen dem Recht auf Bildung (Artikel 13 IPWSKR mit General Comment 13) und den Einzelforderungen des SDGs 4 sowie zwischen dem erst im vergangenen Jahr durch einen weiteren General Comment (Nr. 23) konkretisierten Recht auf Arbeit (Artikel 7 IPWSKR) und den auf die Arbeitswelt bezogenen Zielen der SDGs 4.4. und 8.

Nicht zuletzt hat auch das in Artikel 9 IPWSKR genannte Recht auf soziale Sicherheit eine erhebliche Bedeutung für die neue Entwicklungsagenda, insbesondere für das an vorderster Stelle genannte Ziel, die Armut „in all ihren Formen und überall“ zu überwinden. SDG 1.3 verlangt in diesem Zusammenhang von den Staaten, „(d)en nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle um(zu)setzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen (zu) erreichen“. Dieses Ziel wird bereits seit längerem vom Recht auf soziale Sicherheit abgedeckt und ist vor wenigen Jahren durch die Social-Protection-Floor-Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nochmals explizit bestätigt worden.

Die Liste inhaltlicher Überschneidungen zwischen den SDGs und bereits eta-

blierten Menschenrechtsverpflichtungen ließe sich beliebig fortsetzen. Das Dänische Menschenrechtsinstitut kommt in einer Detailanalyse der Agenda 2030 zum Ergebnis, dass 156 der insgesamt 169 Zielvorgaben (mehr als 92 Prozent) eine Verbindung zu den Menschenrechten und den grundlegenden Arbeitsstandards aufweisen. Neben dem IPWSKR sind dabei der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) sowie eine Reihe spezieller Menschenrechtskonventionen wie beispielsweise die Frauenrechts- und die Kinderrechtskonvention von Bedeutung.

KONSEQUENZEN FÜR DIE ODA

Die sozialen Menschenrechte, die – wie oben gezeigt – eine große Zahl der SDGs spiegeln, richten sich in erster Linie an die Staaten, auf deren Gebiet sich die jeweiligen Rechteinhaber – also die eigenen Staatsangehörigen, aber auch die im Land befindlichen Ausländer – aufhalten. Auch die Agenda 2030 erkennt diese Primärverpflichtung an, wenn sie klarstellt, dass „jedes Land die Hauptverantwortung für seine eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung trägt“. Zugleich betonen die Verfasser jedoch, dass die globalen Entwicklungsziele ohne eine Wiederbelebung und Ausweitung der Globalen Partnerschaft nicht zu erreichen sind. In deren Rahmen nimmt die staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) weiterhin einen prominenten Platz ein.

Diese spezifisch zwischenstaatliche Dimension des „Weltzukunftsvertrages“ findet ebenfalls eine Entsprechung im internationalen Menschenrechtsschutz. Alle zu den einzelnen sozialen Rechten verfassten General Comments nehmen auf Artikel 2 Absatz 1 IPWSKR Bezug, dem zufolge die Vertragsstaaten verpflichtet sind, einzeln und „durch internationale Unterstützung und Kooperation, insbesondere in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht“ auf die Verwirklichung der Konventionsrechte hinzuwirken. In der Verpflichtung zur internationalen Hilfeleistung unter dem IPWSKR gelangt eine der drei Dimensionen der extraterritorialen Staatenverpflichtungen zum Ausdruck: die internationale Gewährleistungspflicht, nach der sich die Vertragsstaaten auch außerhalb ihres Territoriums aktiv für die

Umsetzung der Vertragspflichten einzusetzen haben.

Neben den Vorgaben der UN-Charta (Artikel 56) bildet also vor allem Artikel 2 Absatz 1 IPWSKR die völkerrechtliche Hard-Law-Grundlage für die Globale Partnerschaft. Zwar sind das konkrete Ausmaß der Unterstützungspflichten und die genaue thematische beziehungsweise länderspezifische Zuordnung auch weiterhin überwiegend nur auf Soft-Law-Ebene festgelegt. Insgesamt ist jedoch spätestens seit Verabschiedung der Agenda 2030 festzustellen, dass die generelle Verpflichtung zu Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit nicht nur eine moralische Pflicht darstellt, sondern auf einem tragfähigen völkerrechtlichen Fundament ruht.

Der umfassende, transformatorische Ansatz der Agenda 2030 kann den Weg für lokale ebenso wie globale Veränderungen bereiten. Jeder Einzelne, Gruppen und Institutionen sollten dies stets klar vor Augen haben, wenn sie Regierungen auf die Einhaltung der Verpflichtungen aus der Agenda 2030 überprüfen. Sie haben jedes Recht dazu.



MARKUS KALTENBORN
lehrt an der Juristischen Fakultät und am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der

Ruhr-Universität Bochum.

markus.kaltenborn@ruhr-uni-bochum.de



HEIKE KUHN
ist Ministerialrätin und leitet das Referat Menschenrechte, Gleichberechtigung, Inklusion des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

heike.kuhn@bmz.bund.de

Der Artikel stellt die persönliche Sicht der Autoren dar.

QUELLEN

Danish Institute for Human Rights, 2016: *The Human Rights Guide to the Sustainable Development Goals.*

<http://sdg.humanrights.dk/>

Kaltenborn, M., 2015: *Social Rights and International Development.* (e-book)

Dürfen wir an Ihrem Leben teilnehmen?



Eine Frau trocknet Getreide in Ghanas Upper West Region.

„Den“ Kleinbauern gibt es nicht. Es handelt sich um eine sehr heterogene Gruppe. Wer mit Kleinbauern Forschungs- oder Entwicklungsprojekte durchführen möchte, muss ihre Vielfalt berücksichtigen. Um Entscheidungen zu verstehen, müssen wir den Kontext kennen, in dem sie fallen. Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt Africa RISING sucht zusammen mit Bauern nach Möglichkeiten der nachhaltigen Intensivierung. Der Erfolg unserer Arbeit hängt nicht so sehr davon ab, ob wir Kleinbauern am Projekt beteiligen. Wichtig ist, dass sie uns an ihrem Leben teilnehmen lassen.

Von Mirja Michalscheck

Kleinbauern spielen eine wichtige Rolle beim Erreichen globaler Entwicklungsziele wie Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung. Sie produzieren rund 80 Prozent der Lebensmittel, die in Afrika und Asien konsumiert werden. Ihre Höfe beschäftigen

im ländlichen Raum sehr viele Menschen. Zudem tragen sie durch den Anbau traditioneller Nutzpflanzen zum Erhalt der lokalen Biodiversität bei.

Kleinbauern stehen jedoch vor vielen Problemen. Dazu gehören beispielsweise kleine Äcker und ausgelaugte Böden. Ihr Zugang zu Märkten und Finanzdienstleistungen ist meist begrenzt, und folglich mangelt es ihnen an moderner Technik, Dünger und Saatgut. Das gilt besonders in Afrika. Laut FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (Food and Agriculture Organization), verwenden Kleinbauern dort nur zehn bis 13 Kilogramm Dünger pro Hektar. Die Vergleichszahl für Asien ist rund 100 Kilogramm.

Der große Unterschied basiert zum Teil darauf, dass die meisten afrikanischen Kleinbauern keine Bewässerungsmöglichkeiten haben und von unregelmäßigen Regenfällen abhängen. Regnet es zu viel oder zu wenig, zahlen sich Investitionen in Dün-

gemittel oder zertifiziertes Saatgut nicht aus. Entsprechend sind solche Investitionen hochriskant.

Wer die Motive der Landwirte versteht, kann alternative Lösungen finden. Die unabhängige Organisation IPA (Innovations for Poverty Action) hat festgestellt, dass eine Niederschlagsversicherung, die Bauern für vom Wetter verursachte Ernteausfälle entschädigt, die Kalkulation verändert. Bauern mit entsprechender Versicherung steigerten den Düngerverbrauch im Schnitt um 25 Prozent, erweiterten die Anbaufläche um acht Prozent und arbeiteten pro Hektar 13 Prozent länger.

Für Projekte wie Africa RISING ist der Zusammenhang von Versicherung und Investitionsbereitschaft sehr wichtig. Africa RISING wird von USAID finanziert und betreibt drei regionale Forschungsprogramme in sechs afrikanischen Ländern: in Äthiopiens Hochland, in Westafrika (Ghana und Mali) und Ost- sowie Südafrika (Tansania,



Malawi und Sambia). Das Ziel ist, die Landwirtschaft auf nachhaltige Weise zu intensivieren. In Nord-Ghana arbeitet Africa RISING mit den Kleinbauern unter anderem an der Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit sowie am Fruchtwechsel von Mais und Hülsenfrüchten.

Der Begriff „Kleinbauer“ legt nahe, es gehe um eine homogene Gruppe. Das ist aber nicht der Fall. Zwischen Regionen, ethnischen Gruppen und selbst innerhalb einzelner Dörfer gibt es große Unterschiede. Sie betreffen landwirtschaftliche Ressourcen, Praktiken und Strategien. Manche Haushalte sind groß, besitzen relativ viel Land und Tiere, während andere Haushalte klein sind und nur wenig Boden und Vieh haben. Das Bildungsniveau schwankt und der Zugang zu Transportmitteln ist grundverschieden: Manche Bauern besitzen Motorräder, andere müssen zu Fuß gehen. Damit variiert auch ihr Zugang zu lokalen Märkten und ihr Zugriff auf moderne Inputs.

Africa RISING will Unterschiede zwischen den Betrieben und den Regionen verstehen. Wichtig sind aber auch Differenzen innerhalb von Haushalten, denn oft haben die Mitglieder unterschiedliche Perspektiven, Interessen und Meinungen. Das prägt die Entscheidungsfindung.

In Nord-Ghana ist ein Kleinbauern-Haushalt typischerweise ein Familienunternehmen mit mehreren, teilweise unabhängigen Einheiten. Jede Einheit wird von einem anderen Familienmitglied geführt. Der männliche Haushaltsvorstand baut hauptsächlich Getreide und Knollen wie Yam und Cassava an, womit er die Ernährungssicherheit gewährleistet. Die Frauen bauen Gemüse und Hülsenfrüchte an, die

zur Ernährungsvielfalt beitragen, aber auch vermarktet werden. Das Geld wird zum Beispiel für die Schulgebühren der Kinder gebraucht. Auch die verschiedenen Tiere gehören meist unterschiedlichen Familienmitgliedern. Eigentum und Kontrolle der Produktionsmittel hängen von Alter und Geschlecht ab.

Nur wer die Matrix der interfamiliären Beziehungen und Interessen versteht, kann Haushaltsentscheidungen nachvollziehen. Bei der Einführung neuer Methoden oder der Umsetzung von Geschäftsideen ist es ratsam, die unterschiedlichen Haushaltsmitglieder miteinzubinden. Dies hilft auch zu vermeiden, dass unnötige Konflikte entstehen.

Trotz der Interessenvielfalt innerhalb von Familien werden bei Umfragen meist nur die männlichen Haushaltsvorstände berücksichtigt. Bei der Feldforschung in Sambia wurden jedoch Männer und Frauen aus Kleinbauernfamilien getrennt befragt. Das Ergebnis waren sehr unterschiedliche Antworten zum selben Thema. Typischerweise übertrieben die Befragten die Bedeutung ihrer eigenen Arbeit und der relevanten Ressourcen.

Forscher müssen also Einzelaussagen in den nötigen Kontext stellen und vorsichtig bewerten. Relevant ist zudem, dass Antworten auch von der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung oder der Angst vor Sanktionen geprägt sein können. Forscher, die von weither angereist sind, werden nämlich als Autoritätspersonen wahrgenommen. Die Einbeziehung unterschiedlicher Haushaltsmitglieder hilft, die wahre Situation zu erkennen. Wer nur mit dem männlichen Haushaltsvorstand spricht, erfährt auch nur dessen Sicht.

Natürlich gibt es auch Frauen, die Haushalte leiten. Meist sind sie verwitwet. Ihre Perspektive ist aber nicht dieselbe wie die von Frauen aus männerdominierten Haushalten. Wichtig ist auch, dass alle Befragten sich in einem vertraulichen Umfeld äußern können. In Nord-Ghana ist es beispielsweise nicht üblich, dass eine Frau öffentlich in männlicher Gegenwart ihre eigene Meinung äußert. Forschungsprojekte sollten das berücksichtigen, indem sie Männer und Frauen möglichst getrennt interviewen.

Um erfolgreich mit Kleinbauern zu kooperieren, müssen wir verstehen, in welchem Kontext sie sich befinden, welchen Handlungsspielraum sie haben und welche Motive sie antreiben. Forscher und Entwicklungshelfer sollten sich ständig fragen: Wie gut verstehe ich meine Zielgruppe?

Es geht nicht nur darum, dass die Zielgruppe etwas lernt und vorankommt. Um sinnvolle Verbesserungsvorschläge machen zu können, müssen wir sie erst einmal verstehen lernen. Und wenn wir Ehrlichkeit, Offenheit und Engagement erwarten, müssen wir uns selbst entsprechend verhalten. Wir müssen unser Wissen ständig prüfen und verbessern, damit unsere Partner sehen, dass wir in der Tat Partner sind. Es geht nicht darum, „Landwirte an unseren Projekten teilnehmen zu lassen“. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Unser Erfolg hängt davon ab, dass die Kleinbauern uns an ihrem Leben und ihrer Entscheidungsfindung teilnehmen lassen.




MIRJA MICHALSHECK
ist Doktorandin an der
Wageningen Universität
(Farming Systems Ecology
Group). Sie arbeitet seit 2013

in Afrika mit regionalem Schwerpunkt auf Äthiopien und Ghana.

mirja.michalscheck@wur.nl

LINKS

Africa RISING – Britwum, A. O. und Akorsu, A. D., 2016: Qualitative gender evaluation of agricultural intensification practices in northern Ghana. https://cgspace.cgiar.org/bitstream/handle/10568/78479/AR_gender_ghana_dec2016.pdf?sequence=1&isAllowed=y
IPA: Examining Underinvestment in Agriculture. <http://www.poverty-action.org/study/examining-underinvestment-agriculture-returns-capital-and-insurance-among-farmers-ghana>

A woman in traditional Ghanaian attire, including a purple top and a colorful patterned wrap, walks away from the camera on a sandy beach. She carries a large, shallow basket filled with items on her head. The sun is low on the horizon, casting a warm, golden glow over the scene. A dense line of palm trees runs along the right side of the beach, and gentle waves are visible in the distance.

Eine Landfrau an einem ghanaischen Strand.

Bedrohte Küsten

Ein Großteil der Menschheit lebt in Meeresnähe. Das liegt unter anderem am Wert maritimer Ressourcen und der Bedeutung des Seeverkehrs. Viele große Ballungsräume liegen nicht zufällig an Küsten. Oft ist auch Ackerboden in der Nähe von Flussmündungen besonders fruchtbar. Klimawandel und andere ökologische Probleme erschweren aber zunehmend das Leben an der Küste.

Vorhersehbare Katastrophen

Bangladesch bekommt den Anstieg des Meeresspiegels deutlich zu spüren. Schon immer gab es in den Küstengebieten des Landes wetterbedingte Katastrophen wie Wirbelstürme, Überschwemmungen und Landerosion. Durch den Klimawandel häufen sich die Extremwetterereignisse noch. Die Versalzung des Wassers gefährdet die Lebensgrundlage der Küstenbewohner zusätzlich.

Von Feisal Rahman

Fast zwei Drittel der Fläche Bangladeschs liegen weniger als fünf Meter über dem Meeresspiegel. Das Land ist flach und niedrig gelegen und befindet sich im Delta der drei großen Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna. Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sagte 2014 voraus, dass der steigende Meeresspiegel bis zum Jahr 2050 für 27 Millionen Menschen im Land zur Gefahr wird.

Bangladeschs Ministerium für Umwelt und Forst hat errechnet, dass der Meeresspiegel bis zum Jahr 2030 um 14 Zentimeter ansteigen wird, bis zum Jahr 2050 um 20 und bis 2100 um 88 Zentimeter. Man geht davon aus, dass das Land überschwemmt sein wird und die Menschen woanders leben müssen. Diese Gefahr besteht tatsächlich, wird wohl aber überschätzt, da die Überschwemmung großer Landflächen unwahrscheinlich ist (Nishat 2017, Brammer 2014).

Das größere Problem wird wohl die Versalzung sein, die die Landflucht vor allem in die Hauptstadt Dhaka antreiben wird (auf der indischen Seite der Grenze sieht es ähnlich aus – siehe Kommentar von A. K. Ghosh auf Seite 25).

IMMER WENIGER FRISCHWASSER

Die Frischwasserversorgung des Landes wird sich verschlechtern, da Salzwasser stromaufwärts gedrückt wird – es wird somit potenziell mehr Staunässe (überschüssiges Bodenwasser) geben. Auf diese Weise versalzen landwirtschaftliche Flächen ebenso wie unterirdische Grundwasserspeicher (Aquifer), was den Ackerbau in Küstengebieten beeinträchtigen wird (Huq und Ayers, 2007).

Der Salzgehalt nimmt nicht nur wegen Gezeitenschwankungen und dem Anstieg des Meeresspiegels zu. Auch andere Faktoren sind relevant. So hat etwa die Farrakka-Staumstufe am Ganges in Indien den Süßwasser-Zufluss gedrosselt. Auch Landerosion, eine veränderte Landnutzung und der Bau von Böschungen und Deichen entlang der Küsten spielen eine Rolle.

Jedoch zeigen Klimamodelle, dass mit steigendem Meeresspiegel auch der Salzgehalt ansteigt. An den Küsten wird Süßwasser für die Menschen immer mehr zu einem raren Gut.



Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt eine tägliche Salzaufnahme von 2,0 Gramm. Der Süßwassermangel zwingt die Menschen an der Südwestküste jedoch dazu, Salzwasser zu trinken. Eine Studie (Khan et al., 2011) belegt, dass die Menschen im Bezirk Khulna in der Trockenzeit fünf bis 16 Gramm Salz täglich konsumieren. Das birgt gesundheitliche Risiken – wie etwa Bluthochdruck, Nierenversagen und Durchfall. Bei Schwangeren steigt das Risiko einer Präeklampsie, die zu schweren Kopfschmerzen, Organschäden und sogar zum Tod führen kann (Khan et al., 2014). Eine 2015 von der Weltbank beauftragte Studie belegt auch den Zusammenhang zwischen Salzwasserkonsum in der Schwangerschaft und Säuglingssterblichkeit.

Steigender Salzgehalt schädigt auch landwirtschaftliche Flächen. Felder, auf denen bislang Reis und andere Feldfrüchte wuchsen, wurden daher in Teiche für die Garnelenzucht umgewandelt. Dieser Trend zeigt sich besonders in Satkhira, einem der am stärksten von der Versalzung betroffenen Bezirke. 1975 waren noch 80 Prozent

Diese Schutzhütte trotzte dem Wirbelsturm Sidr im Jahr 2007.



der dortigen Flächen Ackerland, 2005 nur noch 15 Prozent. Zugleich stieg die für die Garnelenzucht genutzte Fläche von zwei auf 72 Prozent.

Sozial sind solche Entwicklungen verheerend. Von der Garnelenzucht profitieren vor allem reiche Bauern. Arme Bauern und marginalisierte Gruppen sind die Verlierer. Ein Grund dafür ist, dass Garnelenzucht weniger aufwändig als Reisanbau ist – landlose Arbeiter und Farmpächter haben somit das Nachsehen. Das zwingt die Männer dazu, in den Städten Arbeit zu suchen, während die Frauen mit Kindern und älteren Menschen zurückbleiben. Durch den fehlenden Mann haben es die Frauen schwerer, wobei ihre Arbeitstätigkeit wichtiger wird. Aus den genannten Gründen gibt es aber immer weniger Jobs für sie in der Landwirtschaft.

Daten aus 14 Bezirken von 1994 bis 2010 zeigen, dass Ernteausfälle die Landflucht deutlich fördern (Gray und Mueller, 2012). In einigen Küstengebieten, wo bislang bis zu drei Mal im Jahr Reis geerntet wurde, gibt es jetzt nur noch eine Ernte – hauptsächlich wegen des steigenden Salzgehalts.

Die arme Bevölkerung ist besonders abhängig von Ökosystemleistungen (wie natürlichem Süßwasser), die durch den Klimawandel beeinträchtigt werden. So werden etwa die armen Gemeinschaften, die vom Sundarbans-Mangrovenwald leben, unter der Versalzung leiden.

Wissenschaftler untersuchten 2016 im Auftrag der Weltbank verschiedene Salzwasser-Szenarien. Sie prognostizieren, dass steigender Salzgehalt sich negativ auf 14 Mangrovenarten, besonders auf die wertvol-

len Sundari-Bäume, auswirkt. Die Autoren warnen davor, dass die ärmsten Unterbezirke die „größten negativen Folgen“ zu spüren bekommen. Unter anderem weil der Holzwert sinkt, die Honigproduktion abnimmt und es mehr Unfälle mit Wildtieren geben wird – auch mit Raubtieren wie Krokodilen und Tigern.

Für die Ernährungssicherheit der Menschen ist Süßwasserfisch enorm wichtig. Leider zeigen Untersuchungen, dass relevante Arten durch die Versalzung verkümmern (Gain et al., 2008). In Paikgacha, einem sehr salzigen Unterbezirk von Khulna, dezimierte sich die Süßwasserspezies zwischen 1975 und 2005 um 59 Prozent. In Rampal, einem mäßig salzigen Unterbezirk von Bagerhat, gab es einen Rückgang von lediglich 21 Prozent. Zwar wachsen zugleich

Der Weg voran

Trotz großer Probleme gibt Bangadesch nicht auf. Das Land gilt sogar vielfach als Vorreiter bei der Klimaanpassung. Die Regierung stellt sich den Herausforderungen.

Bangadesch gehört zu den Ländern, die nur wenig CO₂ ausstoßen, aber voraussichtlich zu den Hauptleidtragenden des Treibhauseffekts gehören werden. Es wartet aber nicht darauf, von anderen gerettet zu werden, sondern hat schon mehrere Initiativen ergriffen, um Entwicklung so zu gestalten, dass sie dem Klimawandel standhält. 2008 wurde dafür ein Zehn-Jahres-Plan beschlossen, und in der Folge entstand ein Fonds, der bereits den Gegenwert von rund 1 Milliarde Dollar Steuermittel in konkrete Maßnahmen investiert hat. Die internationale Gebergemeinschaft hat einen Parallelfonds einge-

richtet, der „Resilience Fund“ heißt.

Beim Katastrophenschutz gibt es riesige Fortschritte. Die Nation hat jetzt ein sehr zuverlässiges Frühwarnsystem mit fast 50 000 Freiwilligen. Wichtig ist auch, dass die Industrie wächst, neue Erwerbschancen schafft und die Einkommen steigen lässt. Bis 2021 wird Bangadesch vermutlich ein Land mit mittlerem Einkommen sein.

Es muss noch viel geschehen. Dabei sind die folgenden Punkte wichtig:

- Gegen die Versalzung muss etwas getan werden. Es wäre gut, Monsunwasser aufzustauen, um die Flüsse in der Trockenzeit mehr Wasser führen zu lassen, damit weniger Meerwasser ins Delta hinfließen kann. Das ist technisch aber recht anspruchsvoll und muss gut konzipiert werden.

- Die bestehenden Küstenbefestigungen müssen besser instand gehalten werden und dem steigenden Meeresspiegel entsprechend ausgebaut werden. Es ist auch dafür zu sorgen, dass Schäden umgehend repariert werden.

- Die Mehrheit der Küstenbevölkerung hängt von der Landwirtschaft ab, folglich muss dieser Wirtschaftszweig intelligent auf den Klimawandel vorbereitet werden. Es wäre sinnvoll, Reissorten anzubauen, die mehr Salz vertragen – und das gilt entsprechend auch für andere Nutzpflanzen. Es wäre zudem möglich, Beete höher anzulegen. Die Politik sollte solche Maßnahmen fördern und darauf achten, dass Kleinbauern davon profitieren.

- Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss klimafest gemacht werden, wobei die Bedürfnisse von Frauen und verwundbaren Gruppen besondere Beachtung verdienen.

- Die Stadtplanung muss sich auf wachsende Landflucht einstellen und für ausreichende urbane Infrastruktur sorgen. Erwerbschancen sollten zudem in neuen Städten geschaffen werden, damit nicht alle Klimaflüchtlinge in die bestehenden, bereits dichtbevölkerten Ballungsräume drängen.

Während Bangadesch sich derlei heimischen Aufgaben stellt, muss es in internationalen Verhandlungen dafür sorgen, dass alle Länder, die dem Klimawandel ausgesetzt sind, ohne zu ihm entscheidend beigetragen zu haben, Geld und technischen Rat bekommen. Klimaanpassung ist nur in begrenztem Maß möglich. Deshalb muss das Klima geschützt werden, was nur die internationale Staatengemeinschaft leisten kann. Um Emissionen im ausreichenden Maß zu reduzieren, ist globale Kooperation nötig. Bangladeschs Diplomaten werden ordentlich zu tun haben.



Teiche für die Garnelenzucht.

die Bestände an salztoleranten Spezies leicht – den Verlust vermag das aber nicht auszugleichen. Die Proteinversorgung der Menschen verschlechtert sich somit drastisch, und die Biodiversität schwindet.

KATASTROPHEN TREFFEN BESONDERS FRAUEN

Frauen und junge Mädchen sind von den Folgen der globalen Erwärmung besonders betroffen. Sie holen das Wasser für ihre Familien und müssen in der Trockenzeit, wenn das Süßwasser knapp wird, weite Wege gehen – manchmal laufen sie bis zu zehn Kilometer täglich. Dabei werden sie oft sexuell belästigt. Zudem verursacht die Nutzung von Salzwasser bei Frauen und Mädchen während der Menstruation gynäkologische Probleme (Islam et al., 2016).

Das IPCC prognostizierte 2014, dass Wirbelstürme und tropische Stürme allgemein stärker werden. Bangladesch hat sein Katastrophenmanagement sehr verbessert. Als der Zyklon Bhola 1970 im Delta wütete, kamen zwischen 300 000 und 500 000 Menschen ums Leben. 1991 forderte ein vergleichbar starker Wirbelsturm 135 000 Leben. 2007 tötete Sidr mit mehr als 250 Stundenkilometern „nur“ noch 3500 Menschen. Inzwischen hat Bangladesch ein Frühwarnsystem und Schutzräume, dank derer die Menschen heute erheblich besser vorbereitet sind.

Dennoch verursachen Wirbelstürme enorme Schäden. Sie zerstören die Infrastruktur, verunreinigen Süßwasserressourcen und verschärfen so das Problem der Versalzung. Extremwetterereignisse, wie etwa Wirbelstürme, treffen Frauen stärker als Männer. Bisher waren 90 Prozent der

Todesopfer durch Wirbelstürme weiblich. Auch als 2007 der Sidr wütete, waren unter den Opfern immer noch mehr als 83 Prozent Frauen (Weltbank 2013). Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um Kinder, ältere Menschen, Kranke und um die Viehbestände kümmern. Studien zeigten, dass viele Frauen damals nicht durch das Frühwarnsystem alarmiert wurden.

Extreme Wetterereignisse vertreiben die Menschen aus ihrer Heimat – und die Zahl der Betroffenen dürfte steigen. Zyklon Sidr zwang 2007 fast 650 000 Menschen zur Umsiedlung. Zwei Jahre später vertrieb der etwas schwächere Wirbelsturm Bijli fast 200 000 Menschen. Oft sind das temporäre Phänomene. Die Zerstörung des Ackerlandes ist hingegen dauerhaft.

So oder so ziehen täglich rund 2000 weitere Menschen vor allem von der Küste in das Ballungsgebiet Dhaka, das schon heute zu einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt zählt. Viele von ihnen hoffen, der ländlichen Armut zu entfliehen. Tatsächlich finden sie sich meist in Slums wieder und arbeiten im informellen Sektor. Der Klimawandel wird das Städtewachstum weiter verstärken.



FEISAL RAHMAN
ist Assistent Professor in der Abteilung Umweltwissenschaften der Independent University, Bangladesh (IUB).

Er koordiniert außerdem das Forschungsprogramm am Internationalen Zentrum für Klimawandel und Entwicklung (ICCCAD). Das ICCCAD ist ein Forschungszentrum in Dhaka. mf2rahma@iub.edu.bd

QUELLEN

Brammer, H., 2014: Bangladesh's dynamic coastal regions and sea-level rise. *Climate Risk Management*. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S221209631300003X>

Gain et al, 2008: Impact of river salinity on fish diversity in the South-West coast region of Bangladesh. https://www.researchgate.net/profile/Animesh_Gain2/publication/264713433_Impact_of_River_Salinity_on_Fish_Diversity_in_the_South-West_Coastal_Region_of_Bangladesh/links/53ec80890cf250c8947cbe8e.pdf

Gray, C., und Mueller, V., 2012: Natural disasters and population mobility in Bangladesh. <http://www.pnas.org/content/109/16/6000.full.pdf>

Huq, S und Ayers, J., 2007: Climate change impacts and responses in Bangladesh. <http://www.pedz.uni-mannheim.de/daten/edz-ma/ep/08/EST19195.pdf>

Islam et al, 2016: Gender and water poverty. <http://genderandwater.org/en/bangladesh/gwapb-products/knowledge-development/research-report/gender-and-water-poverty-salinity-in-rampal-and-saronkhola-bagerhat>

IPCC, 2014: Assessment Report, Chapter on livelihoods and poverty. http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/WGIIAR5-Chap13_FINAL.pdf

Khan et al, 2011: Drinking water salinity and maternal health in coastal Bangladesh: implications of climate change. <https://ehp.niehs.nih.gov/1002804/>

Khan et al, 2014: Salinity in drinking water and the risk of (pre)eclampsia and gestational hypertension in coastal Bangladesh. <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0108715>

Nishat, A., 2017: 'Projections of 17pc coastal inundation not factual.' <http://en.prothom-alo.com/environment/news/139829/Projection-of-17pc-coastal-inundation-not-factual>

World Bank, 2013: Improving women's odds in disasters. <http://www.worldbank.org/en/news/feature/2013/12/12/improving-women-disasters>

World Bank, 2015: Drinking water salinity and infant mortality in coastal Bangladesh. <http://elibrary.worldbank.org/doi/abs/10.1596/1813-9450-7200>

World Bank, 2016: Impact of climate change and aquatic salinisation on mangrove species and poor communities in the Bangladesh Sundarbans. <http://documents.worldbank.org/curated/en/452761467210045879/pdf/WPS7736.pdf>

Berufsbildung für Klimaflüchtlinge

Mehr als 4,5 Millionen Menschen leben auf den Sundarban-Inseln im indischen Teil des Gangesdeltas. Von ihnen werden wegen des Klimawandels mindestens eine Million fortziehen müssen. Der Staat sollte die Betroffenen beruflich qualifizieren, damit sie gute neue Erwerbschancen finden.

Auf den Sundarbans, die zu Indien und Bangladesch gehören, wächst der größte Mangrovenwald der Welt. Die Inseln bilden den Südrand des gewaltigen Deltas der Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna. Auf der indischen Seite der Grenze sind 54 Inseln bevölkert, und 50 stehen unter Naturschutz. Touristen kommen her, um den Wald zu erleben und – mit etwas Glück – einen Tiger zu sehen. Es handelt sich um ein UNESCO-Weltnaturerbe.

Der Klimawandel verändert das Delta allerdings. Erosion, Zyklone, Sturmfluten, das Bersten der Uferbefestigung, Versalzung und andere Schäden drohen mehr als der Hälfte der indischen Sundarban-Dörfer. Die hiesige Sektion des World Wide Fund for Nature (WWF-India) schätzt, mindestens 1,2 Millionen Menschen müssten umgesiedelt werden, um Katastrophen vorzubeugen.

Die indische Regierung hat einen National Action Plan on Climate Change beschlossen, der auf Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen, nachhaltige Landwirtschaft und dergleichen abzielt. Die Landesregierung von Westbengalen hat ihrerseits einen Aktionsplan verabschiedet. Leider kommt



Die Hälfte der indischen Sundarban-Dörfer ist von Erosion und anderen Folgen des Klimawandels bedroht.

Migration in keinem der beiden Pläne vor. Es mangelt an Verständnis dafür, dass Menschen systematisch umgesiedelt und auf ein neues Leben vorbereitet werden müssen. Den Begriff „Klimaflüchtling“ gibt es offiziell bislang nicht einmal bei den UN.

Fest steht aber, dass mehr als eine Million Menschen – vor allem Bauern und Fischer – die indischen Deltainseln bis 2050 werden verlassen müssen. Vielen Männern wird keine andere Wahl bleiben, als ihre Familien zu verlassen und als ungelernete Arbeiter an fernen Orten Geld zu verdienen.

Wir haben in vier Dörfern Daten erhoben (Ghosh, 2015). Mehr als die Hälfte der gesunden, arbeitsfähigen Männer ist bereits in elf andere indische Bundesstaaten abgewandert. Die meisten arbeiten als Hilfskräfte auf Baustellen. Es wäre klug, sie als Maurer, Elektriker, Klempner et cetera auszubilden. Sie könnten dann mehr Geld verdienen – und angesichts des Baubooms in Indien würden sie auch dringend gebraucht. Erfahrene Arbeiter könnten sie unterweisen. Solche Maßnah-

men würden nicht viel kosten. Frauen könnten derweil dafür ausgebildet werden, in der Textilindustrie und anderen Branchen, die viele weibliche Beschäftigte haben, zu arbeiten.

Die indische Regierung geht zu Recht davon aus, dass jedes Jahr 20 000 Menschen in der Nutzung erneuerbarer Energiequellen ausgebildet werden müssen. Bizarrerweise hat sie aber bislang nichts für die berufliche Qualifizierung der Bevölkerung des bedrohten Gangesdeltas angekündigt. Auch die Landesregierung handelt diesbezüglich nicht.

Die betroffenen Dörfer leiden unter einem Phänomen, zu dem sie so gut wie nichts beigetragen haben. Die Infrastruktur der Sundarbans ist schwach und ihr CO₂-Ausstoß geringfügig. Andererseits trägt die Inselbevölkerung zum Klimaschutz bei, weil sie die Mangroven erhält und sogar neue Bäume pflanzt. Die Menschen verdienen es, so unterstützt zu werden, dass sie mit dem Klimawandel zurechtkommen.

Wenn staatliche Akteure sie im Stich lassen, kann vielleicht die Privatwirtschaft wei-

terhelfen. Indien hat Großunternehmen verpflichtet, zwei Prozent des Nettogewinns in Corporate-Social-Responsibility-Maßnahmen zu investieren. Berufsbildung für Klimaflüchtlinge wäre eine stimmige Aufgabe.



A.K. GHOSH leitet das Center for Environment & Development (CED) in

Kolkata. Das CED beteiligt sich an der Collaborative Adaptation Research Initiative in Africa and Asia (CARIIA), die von der britischen und der kanadischen Regierung gefördert wird. In diesem Kommentar äußert der Autor seine persönliche Meinung. cedkolkata@yahoo.com

LINKS

Ghosh, A. K., 2015. Climate change, human migration and human rights with a focus on Indian Sundarbans Delta. *Journal of West Bengal Human Rights Commission*, 1: 115-122
 WWF-India, 2011: Indian Sundarbans Delta: a vision. <http://www.wwfindia.org/?6362/indian-sundarbans-delta-a-vision>

Die Bedürfnisse der Vertriebenen

Erzwungene Vertreibung aufgrund von Katastrophen ist einer der größten humanitären Herausforderungen der Weltgemeinschaft im 21. Jahrhundert. Dabei spielen auch die Folgen des Klimawandels eine Rolle. Eine staatengeführte Initiative, die Platform on Disaster Displacement, will dafür Lösungen entwickeln und viele Beteiligte in den Prozess einbeziehen.

Von der Platform on Disaster Displacement

Jedes Jahr werden Millionen Menschen durch Naturkatastrophen wie Fluten, Wirbelstürme, Erdbeben, Dürren, Versalzung, Gletscherschmelze, Gletscherwasserausbruch und schmelzendem Permafrost aus ihrer Heimat vertrieben. Andere müssen ihre Heimat verlassen, weil der Meeresspiegel steigt, weil die Küsten erodieren, das Land austrocknet oder generell die Umwelt zerstört wird. Am schlimmsten betroffen sind die kleinen Entwicklungselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder. Aber auch Mitteleinkommensländer haben spezifische Probleme.

Von 2008 bis 2014 wurden weltweit 184 Millionen Menschen durch unerwartete Katastrophen aus ihrer Heimat vertrieben – das ist mehr als ein Drittel der EU-Gesamtbevölkerung. Die Flüchtlingszahlen sind wahrscheinlich noch höher, weil diese Schätzungen nicht diejenigen berücksichtigen, die durch langsam verlaufende Er-

eignisse wie den Klimawandel vertrieben werden. Diese Leute sind aus Mangel an Daten schwer zu erfassen. Wir wissen aber, dass Küstenregionen besonders betroffen sind, weil ein Großteil der Weltbevölkerung nicht weiter als 100 Kilometer vom Meer entfernt lebt.

1990 kam der erste Bewertungsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu dem Ergebnis, dass die Erderwärmung eine große Wanderbewegung von Menschen verursachen könnte – vor allem aus Küstenregionen. Der Präsident der UN-Generalversammlung sagte auf der jährlichen Versammlung der International Organization for Migration (IOM): „Menschen können nicht in ihren Heimatländern bleiben, wenn sie sich in eine Wüste verwandelt oder wenn ihr traditionelles Reisdelta einen Meter unter Wasser steht.“

Katastrophenflüchtlinge brauchen Schutz, bekommen aber häufig keinen. Die Situation derjenigen, die wegen Klimawandel und langsam verlaufenden Ereignissen fliehen, ist besonders schwierig. Ihre Bedürfnisse sind nicht so offensichtlich wie die der Katastrophenflüchtlinge. Wenn Menschen wegen sich langsam vollziehenden Umweltveränderungen vertrieben werden, erkennt sie das internationale Recht in den meisten Fällen nicht als Flüchtlinge an, und folglich haben sie kein Aufenthaltsrecht in anderen Ländern.

Um diese Lücken zu füllen, wurde 2012 die Nansen-Initiative gegründet. Sie erarbeitete eine Protection Agenda, die von 109 Regierungen im Oktober 2015 unterstützt wurde (siehe Kasten, S. 27). Als Nachfolgeinitiative wurde 2016 die Platform on Disaster Displacement (PDD) unter deutscher Führung ins Leben gerufen. Dieses internationale Forum kooperiert mit vielen Partnern einschließlich der IOM, der UN Refugee Agency (UNHCR) und führenden Universitäten. Die Plattform mit Sitz in Genf hat vier strategische Prioritäten:

- Wissens- und Datenlücken schließen,
 - die Nutzung effektiver Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene fördern,
 - Politikkohärenz unterstützen und
 - politische und normative Entwicklung der Lückenbereiche vorantreiben.
- In der Tat existieren Wissens- und Datenlücken in folgenden Bereichen:
- grenzüberschreitende Migrationsbewegungen,
 - menschliche Mobilität bei langsam verlaufenden Ereignissen,
 - zukünftige Fluchtrisiken und
 - nachhaltige Lösungen für Katastrophenvertriebene.

Um diese Lücken zu schließen, schlägt die Plattform vor, bestehende Daten zusammenzutragen, Informationen zu vertiefen und neues Wissen zu sammeln. Weit zurückreichende Daten müssen gründlich geprüft und nach Alter, Geschlecht, Diversität und Ort getrennt werden.

Die Plattform bereitet in Zusammenarbeit mit dem Büro des UN High Commissioner for Human Rights (OHCHR) eine Studie im Bezug auf menschenrechtsbasierten Maßnahmen vor. Ein spezieller Fokus liegt dabei auf langsam verlaufenden Ereignissen, die zu Vertreibung führen.

Auch wenn das internationale Recht größtenteils darüber schweigt, ob Länder Katastrophenflüchtlinge aufnehmen müssen, haben mehr als 50 Länder entschieden, Menschen unter solchen Umständen nicht zurückzuschicken. Die Plattform unterstützt eher einen pragmatischen Ansatz, als eine neue, gesetzlich bindende internationale Konvention zu fordern. Länder und regionale Organisationen werden dazu ermutigt, effektive Praktiken, wie sie in der Protection Agenda ausgearbeitet sind, in ihre eigenen Politikmaßnahmen einzubinden.



Resilienz ist wichtig: Die Hauptstadt von Peru, Lima, wurde im März von ungewöhnlichen Regenfällen getroffen.

Delegationen aus Nord- und Zentralamerika stimmten gemeinsamen Regelungen zur Aufnahme und zum Verbleib von ausländischen Katastrophenflüchtlingen auf der XXI Regional Conference on Migration (RCM) in Honduras im November 2016 zu. Die Plattform bemüht sich, ähnliche Prozesse in anderen Weltregionen zu ermöglichen.

Die Platform on Disaster Displacement mit Sitz in Genf ist eine staatengeführte Initiative zum Austausch von Erfahrungen und dem Erarbeiten von Maßnahmen. Dieser Beitrag wurde von Mitgliedern der Koordinationseinheit verfasst.
<http://disasterdisplacement.org/>
 Twitter: @DDisplacement

LINK
 Germanwatch, 2017: Global Climate Index 2017 – Who suffers most from extreme weather events? Weather-related loss events in 2015 and 1996 to 2015.
<https://germanwatch.org/en/download/16411.pdf>

Resilienz und geplante Umsiedlungen

Norwegen und die Schweiz haben zusammen mit anderen Ländern 2012 die Nansen-Initiative ins Leben gerufen. Die Idee dahinter war, bessere Strategien für den Umgang mit durch Katastrophen vertriebene Menschen zu entwickeln. Die 2015 veröffentlichte Protection Agenda wird von 109 Ländern unterstützt. Die Nansen-Initiative war der Vorgänger der Platform on Disaster Displacement (siehe Hauptartikel). Die Protection Agenda (2015) nennt folgende Ziele:

- Reduzierung der Gefährdung durch Vertreibungsrisiken und Aufbau von Resilienz: Resilienz bestimmt darüber, ob Einzelne, Familien, Gemeinschaften oder gar Länder den Auswirkungen von Katastrophen und Klimawandel widerstehen können. Resilienz hängt auch von Faktoren wie guter Infrastruktur und sorgfältigen Klima-Anpassungsmaßnahmen ab. Andere Aspekte sind ebenfalls wichtig. Landreformen können zum Beispiel bewirken, dass mehr Menschen das Land besitzen, von dem ihre Lebensgrundlage abhängt. Menschen mit Grundbesitz sind resilienter als die, die keinen haben.

- Migration mit Würde: Lebensumstände können sich so verschlechtern, dass Menschen gezwungen sind, neue Chancen weg von ihrer Heimat suchen – entweder im eigenen Land oder im Ausland. Wenn Migration richtig geplant wird, kann sie dazu beitragen, Umweltgefahren zu entgehen, und für alle Beteiligten wirtschaftliche Vorteile bringen. Vertriebene müssen allerdings vor Ausbeutung, Gewalt, Menschenhandel und sexuellem Missbrauch geschützt werden. Eine Maßnahme für würdevolle Migration ist, bestehende Abkommen über Migration zu beleuchten. Nationale Projekte, Programme für Saisonarbeiter und berufliches Training sind sinnvoll. Eine dauerhafte Migration mag für niedrigliegende Regionen wie kleine Inselstaaten nötig sein oder für andere Länder, die Gefahr laufen, große Teile des Landes zu verlieren.
- Geplante Umsiedlung: Umsiedlungsmaßnahmen sind historisch betrachtet nie besonders erfolgreich verlaufen, und sie haben weltweit keinen guten Ruf. Sie haben zu oft den Verlust der Lebensgrundlagen und Eigentum be-

deutet, die Trennung von den kulturellen Wurzeln und den Missbrauch von Menschenrechten. Wenn Gegenden dennoch zu katastrophenträchtig sind, macht es Sinn, die Bewohner dauerhaft umzusiedeln. Die UN Refugee Agency, die Georgetown University und die Brookings Institution haben dazu 2015 einen gemeinsamen Plan erarbeitet, wie Umsiedlungen angemessen durchgeführt werden können. Die betroffenen Menschen sollen beispielsweise aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen sein. Es ist außerdem nötig, den Betroffenen eine angemessene Lebensgrundlage in der neuen Heimat zu verschaffen einschließlich Wohnraum und Basisdienstleistungen. Ihre psychologischen und kulturellen Bedürfnisse sollten zudem berücksichtigt werden.

- Hilfe für Vertriebene im In- und Ausland: Die meisten Katastrophenvertriebene bleiben in ihrem Heimatländern, weshalb der Schutz von Binnenvertriebenen besonders wichtig ist. Katastrophenvorsorge ist essenziell, damit Risiken frühzeitig beurteilt werden können. Notfallmaßnahmen und langfristige Lösungen müssen vor dem Katastrophenfall geplant werden. Migration ins Ausland könnte häufig vermieden werden, wenn den Binnenvertriebenen

adäquate Hilfe in ihren Heimatländern zuteil würde. Internationale Unterstützung wäre hier sinnvoll. Dennoch wird es nie möglich sein, alle Risiken auszuschließen und Leute daran zu hindern, ihre Heimatländer zu verlassen. Das internationale Recht gibt keine ausdrückliche Auskunft, ob Staaten Ausländer, die vor Katastrophen geflohen sind, aufnehmen müssen. Länder haben unterschiedlich reagiert. Es ist dennoch wichtig, die Rechte und Pflichten von Katastrophenflüchtlingen für die Dauer des Aufenthalts festzulegen und dabei die Kapazitäten des Gastlandes zu berücksichtigen. Es braucht außerdem langfristige Lösungen, damit Vertriebene nicht immer wieder von Land zu Land umziehen müssen.

Sabine Balk

LITERATUR
 Nansen-Initiative, 2015: *Agenda for the protection of cross-border displaced persons in the context of disasters and climate change.*
<https://goo.gl/0XdrgD>
 UNHCR, Georgetown-University, Brookings, 2015: *Guidance on protecting people from disasters and environmental change through planned relocation.*
<http://www.unhcr.org/protection/environment/562f798d9/planned-relocation-guidance-october-2015.html>



Die Rettung des Mekong-Deltas

Im Mekong-Delta, der „Reiskammer Vietnams“, sind die Auswirkungen des Klimawandels dramatisch. Bis zum Jahr 2100 könnten offiziellen Studien zufolge bis zu 39 Prozent der Region vom Meer überflutet sein – was nicht nur für die 17 Millionen Einwohner dramatische Konsequenzen hätte. Denn das Mekong-Delta produziert Reis für 245 Millionen Menschen weltweit und spielt daher auch für die globale Ernährungssicherheit eine wichtige Rolle.

Von Severin Peters und Christian Henckes

Am deutlichsten zeigen sich die Folgen des Klimawandels an der Küste, die durch den steigenden Meeresspiegel, Stürme und Flutwellen bedroht wird. An ungeschützten Stellen bricht sie weg, mancherorts bis zu 50 Meter im Jahr. Häuser werden überschwemmt und fruchtbare Ländereien versalzen. Die Existenzgrundlage vieler Menschen an der Küste ist gefährdet.

Um dem entgegenzuwirken, unterstützt Deutschland Vietnam gemeinsam mit Australien seit 2011 mit einem Programm zum integrierten Küstenmanagement. Das Programm, das die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des australischen Ministeriums für Auswärti-

ge Angelegenheiten und Handel (DFAT) durchführt, setzt auf Wiederaufforstung der ursprünglichen Mangrovenwälder, auf nachhaltige Methoden im Reisanbau und der Garnelenzucht sowie auf ein besseres Management der vielen Wasserkanäle, die die Region durchkreuzen. Darüber hinaus werden die vietnamesischen Behörden unterstützt, gemeinsam Strategien für die Zukunft der Region über Provinzgrenzen hinweg zu entwickeln, um gegen die Klimaveränderungen gewappnet zu sein.

Eines der größten Probleme an der Küste ist die Erosion. Sie sorgt dafür, dass immer mehr Land wegbricht und sich das Meer immer weiter ins Landesinnere frisst. Vollerorts stehen Häuser direkt am Wasser, die noch vor Jahren hunderte Meter Abstand dazu hatten. Mit dem Land verschwinden auch die darauf wachsenden Mangrovenbäume, die im Zwischenbereich zwischen Meer und Festland stehen. Sie sind der beste Puffer, um die Wucht von Stürmen und Überflutungen abzdämpfen.

EROSION STOPPEN

Das Küstenmanagement-Programm fand eine Lösung gegen die Erosion: Auf der Grundlage von komplexen Messungen der Strömungen wurden einfache Wellenbre-

cher-Zäune aus Bambus entwickelt, die im Meer stehen und die Wucht der Wellen bremsen. Dadurch können sich die Erdpartikel, die das Meer mitführt, ablagern – so entsteht neues Land, auf dem dann Mangroven und andere Pflanzen wachsen können. So konnte nicht nur Erosion gestoppt, sondern auch die Küstenlinie an einigen Stellen bis zu 180 Meter weiter in Richtung Meer verschoben werden.

Doch so erfolgreich die Wellenbrecher-Zäune auch sind – sie sind nur eine von vielen Lösungen, die nötig sind, um die 720 Kilometer lange Küste im Mekong-Delta gegen den Klimawandel zu stärken. Daher entwickelte das Programm eine digitale Karte der gesamten Küstenlinie, auf der präzise verzeichnet ist, an welchen Stellen welche Küstenschutz-Maßnahmen notwendig wären – seien es die Wellenbrecher aus Bambus, seien es neue Mangrovenbäume, seien es an besonders gefährdeten Stellen auch mächtige Mauern aus Beton, die zwar nicht schön anzuschauen sind, aber die Wucht des Meeres erfolgreich bremsen.

Maßnahmen zum Küstenschutz können die Probleme des Mekong-Deltas allerdings allein nicht lösen. Denn die Bedrohungen gehen darüber hinaus. Die Landwirtschaft im Mekong-Delta, eine der produktivsten in Asien, ist zunehmend ge-



Die Küstendörfer im Mekong-Delta sind vom Klimawandel stark betroffen.



Der Bauer Nguyen Van Son züchtet Garnelen nach umweltverträglicher Methode in einem Mangroven-Becken.

fährdet. Bereits heute drückt der steigende Meeresspiegel immer mehr Salzwasser ins Delta; zugleich wird die Frischwasserzufuhr durch den Mekong-Fluss immer spärlicher und unzuverlässiger – unter anderem wegen riesiger Staudämme in China und Laos (siehe E+Z/D+C 2013/12, S. 474).

Im Frühjahr 2016 trugen diese Faktoren dazu bei, dass das Mekong-Delta unter der schlimmsten Dürre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor 90 Jahren litt – ein Schock für tausende Bauern, die zum Teil herbe Ernteausfälle verzeichneten (siehe E+Z/D+C e-Paper 2016/10, S. 44). Die Dürre war für die Politik aber auch ein Signal, die ohnehin notwendige Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für das Mekong-Delta mit Nachdruck voranzutreiben.

Denn das Mekong-Delta, das etwa 17 Millionen Einwohner hat, ist gar keine eigene administrative Einheit, sondern in 13 unterschiedliche Provinzen unterteilt, die ihre Pläne und Investitionen oft nicht miteinander abstimmen. Hinzu kommt, dass unterschiedliche Ministerien für Klimawandel-Anpassung im Mekong-Delta zuständig sind.

Eine neue Verordnung des Ministerpräsidenten für regionale Koordinierung im Mekong-Delta soll hier Abhilfe schaffen: So werden künftig alle Akteure – vor allem Provinzen, Ministerien und internationale Partner – gemeinsame Strategien entwickeln und damit die zur Verfügung stehenden Mittel deutlich effizienter einsetzen.

WASSERMANAGEMENT VERBESSERN

Besonders wichtig ist diese Reform in den Bereichen Landwirtschaft und Wassermanagement. Das Delta ist von tausenden Kanälen durchzogen, die den Bauern das Wasser in der Form bringen, die sie für ihre

Produktion benötigen: Frischwasser für Reis- und Obstfarmen, Salz- oder Brackwasser für die Garnelenzucht. Bisher fehlt es allerdings an einem klaren System dafür, wo welche Produkte angebaut werden sollen und wie das Wassersystem darauf abgestimmt werden muss. Die Konsequenz: Die immer spärlicheren Frischwasserressourcen werden oft nicht effizient eingesetzt.

Dass es auch anders geht, beweist ein Bewässerungssystem im südlichen Mekong-Delta. Hier wurde das Wassermanagement gemeinsam mit lokalen Behörden optimiert, was zu einer Verbesserung an Kanälen mit einer Gesamtlänge von 14000 Kilometern geführt hat – das entspricht der Distanz zwischen Deutschland und Australien. 1,2 Millionen Menschen im ländlichen Bereich profitieren davon.

Allerdings ist die Wasserversorgung nicht der einzige Faktor, um die Landwirtschaft besser an die Klima- und Umweltveränderungen anzupassen. Das Mekong-Delta ist geprägt durch eine Vielzahl von sehr kleinen Farmen, die oft nur 0,5 bis zwei Hektar groß sind. Zwar hat dieses System den Vorteil, dass viele Menschen mit hoher Autonomie einen geringen, aber zuverlässigen Lebensunterhalt verdienen können. Doch die vielen unabhängigen, fußballfeldgroßen Bauernhöfe machen es schwierig, die Produktivität zu erhöhen und verlässliche Standards einzuführen. Daher werden im Mekong-Delta meist Produkte geringer Qualität hergestellt, die nur zu einem niedrigen Preis verkauft werden können, sodass für die Bauern wenig übrig bleibt.

Eine Lösung besteht in der Bildung von Bauerngenossenschaften, die das GIZ-Programm unterstützt. Solche Zusammenschlüsse machen es einfacher, den Bauern Trainings in verbesserten Anbaumethoden

anzubieten, die die Einkünfte steigern und die Umwelt schonen. Ein Beispiel ist der Reisanbau, wo Bauern mit der „Alternate Wetting and Drying Rice“-Methode 30 Prozent weniger Wasser und Pestizide verwenden und ihr Einkommen um bis zu 40 Prozent steigern können.

Solche Ansätze werden nun ins „Großes Reisfeld“-Programm der Regierung übernommen, in der viele kleine Farmen nach gemeinsamen Standards anbauen, um die Qualität der Produkte zu sichern – so, als würde es sich um ein einziges großes Reisfeld handeln.

Ansätze wie diese gehen in die richtige Richtung, benötigen aber weitere Unterstützung. Die einzelnen Bauern und Bewohner der Küstengebiete können allein dem Klimawandel wenig entgegensetzen. Wenn es aber gelingt, eine Initiative anzustoßen, in der nicht nur die unterschiedlichen politischen Akteure zusammenarbeiten, sondern auch die lokale Bevölkerung ihren Platz findet, dann besteht Hoffnung, dass das Mekong-Delta auch in mehreren Jahrzehnten noch hunderte Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen kann. Die Zeichen hierfür stehen derzeit gut.



SEVERIN PETERS
ist Seniorberater im Programm zum integrierten Küstenmanagement im Mekong-Delta.
severin.peters@giz.de



CHRISTIAN HENCKES
leitet das Programm.

christian.henckes@giz.de

Wertvolle Wirkung

Die WAVE-Initiative der Weltbank macht in einer Studie von 2016 Vorschläge, wie der Nutzen von Mangroven und Korallenriffen gemessen und ökonomisch bewertet werden kann. Es geht darum, Entscheidungsträgern zu vermitteln, was diese gefährdeten Küstenlebensräume wert sind.

Mangroven und Korallenriffe federn Erosion und Auswirkungen extremer Wetterereignisse ab. Das ist wichtig, weil der Klimawandel solche Ereignisse wahrscheinlicher macht. Obendrein sind viele bedrohte Küsten dicht besiedelt.

Wie sehr Mangroven die Stärke von Wellen und Wind reduzieren, hängt von der Dichte der Vegetation, der Wassertiefe und anderen Faktoren ab. Sie können sogar die Wucht von Tsunamis abmildern. Korallenriffe haben eine ähnliche Schutzfunktion, denn sie wirken wie niedrigschwellige Wellenbrecher, die auch bei Zyklonen die Wucht der Wogen auffangen.

Die Weltbank rief 2010 das globale Partnerschaftsprogramm WAVE (Wealth Accounting and Valuation of Ecosystems Services) ins Leben. Es soll dafür sorgen, dass Naturkapital in die Entwicklungsplanung und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung miteinbezogen wird. Dass Mangroven Touristen anlocken, wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oft schon erfasst. Das gilt aber nicht für ihre „Dienstleistung“ in Bezug auf Küstenschutz, Fischereiförderung und Kohlenstoffspeicherung. Internationale Standards wären nützlich.

Es gibt unterschiedliche Methoden, um den Wert natürlicher Lebensräume für den Küstenschutz zu berechnen. Die Autoren von WAVE befürworten den „Expected Damage Function“-Ansatz, den auch Versicherungsunternehmen gern verwenden. Er erfasst alle bestehenden Risiken und macht Schäden vergleichbar, die an der Küste mit und ohne

die natürlichen Lebensräume entstehen. Daraus ergibt sich der ökonomische Wert von Mangroven und Riffen für den Küstenschutz. Diese Methode ist aus Sicht der WAVE-Autoren besser, als den Wert von Mangroven und Riffen anhand der Kosten für künstliche Infrastruktur zu bestimmen („Replacement Cost“-Ansatz).

Laut WAVE-Bericht führt mehr Wissen über den Nutzen von Mangroven und Riffen zu besserem Schutz dieser Ökosysteme. Der Bericht enthält mehr als 20 Fallstudien, die das belegen. Grüne Infrastruktur gedeiht dort gut, wo die örtliche Bevölkerung sie will und politisch fordert. Wissenschaftliche Forschungsergebnisse können dazu beitragen.

Die Autoren geben zudem mehrere Empfehlungen:

- Korallenriffe und Mangroven sollten nicht mehr als unkonventioneller Küstenschutz betrachtet werden, da ihre Funktionsweise längst erforscht ist.

- Pilotprojekte zur genaueren umweltökonomischen Gesamtrechnung sind nötig.

- Die Datenlücken über die Küstenschutzleistungen von Riffen und Mangroven sollten geschlossen werden.
- An vielen Orten wären Schutz und Pflege von Mangroven und Riffen die billigste Methode des Küstenschutzes.
- Wo Ökosysteme beschädigt wurden und nicht mehr voll leistungsfähig sind, ist Restaurierung zu erwägen.
- Leitlinien und internationale Verpflichtungen zum Schutz von Mangroven und Riffen wären sinnvoll.
- Entwicklungsländer sollten Riffe und Mangroven in ihre nationalen Anpassungspläne einbeziehen, und Industrieländer sollten Korallenriffe und Mangroven in ihre Unterstützungsprogramme für die Anpassung und Risikoreduzierung des Klimawandels aufnehmen.

Linda Engel

LINK

WAVE, 2016: *Managing coasts with natural solutions.*
<https://www.wavespartnership.org/en/knowledge-center/managing-coasts-natural-solutions>

Korallenriffe sind unter anderem für die Komoren im Indischen Ozean niedrigschwellige Wellenbrecher.



Philippinische Kursänderung

Staaten kontrollieren die Gewässer vor ihren Küsten. Aus Sicht der chinesischen Regierung jedoch gehört fast das ganze Südchinesische Meer zur Volksrepublik. Die Chefs südostasiatischer Länder waren bislang anderer Meinung – die philippinische Regierung unter dem neuen Präsidenten Rodrigo Duterte gibt sich nun jedoch seltsam ambivalent.

Von Alan C. Robles

Noch vor rund einem Jahr, unter der Regierung von Benigno Aquino, folgte die philippinische Diplomatie einem klaren, stetigen Kurs. Manila rief ein internationales Gericht an, um zu entscheiden, ob China Anspruch auf Kontrolle des gesamten Südchinesischen Meeres hat. Die Regierung Aquino bestand im Rahmen des UN-Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) auf einem Schiedsgerichtsverfahren. Die Streitigkeiten sollten in einem multilateralen Rahmen geregelt und Beziehungen zu anderen Ländern aufgebaut werden, die ebenfalls von den maritimen Übergriffen Pekings betroffen sind.

Dieses Vorgehen war recht erfolgreich. Im Juli vergangenen Jahres entschied ein UNCLOS-Tribunal in Den Haag zugunsten der Philippinen. Doch Peking akzeptierte den Entscheid nicht: Das kommunistische Regime beruft sich auf eine alte Karte des Südchinesischen Meeres und beansprucht die Hoheit über das gesamte Gebiet innerhalb der sogenannten Neun-Striche-Linie. Diese erstreckt sich entlang der Küste Vietnams nach Malaysia und im Norden bis zu den östlichsten Inseln der Philippinen. Die Linie ist nicht genau definiert, aber sie verletzt eindeutig die von UNCLOS definierten ausschließlichen Wirtschaftszonen mehrerer Länder.

Bisher haben alle betroffenen Regierungen die territorialen Ansprüche Chinas abgelehnt. Aber neuerdings schlingert Manila. Die neue Regierung ignoriert, dass die Philippinen das Schiedsverfahren gewonnen haben, wirft sich Peking an den Hals und brüskiert damit seine bisherigen Verbündeten.

Grund ist die Wahl Rodrigo Dutertes zum Präsidenten, dem blutrünstigen, populistischen Ex-Bürgermeister von Davao City (siehe auch den Beitrag von Alan C. Robles in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 24). Im Wahlkampf bezog er keine klare Position zum Streit um das Südchinesische Meer, sondern schlingerte umher. Beispielsweise schwor er, notfalls mit Jet-Skis zu den umstrittenen Felsen zu fahren und dort eigenhändig die philippinische Flagge zu hissen.

Kaum im Amt, änderte er seine Außenpolitik jedoch. Wiederholt beleidigte er die USA, nannte den damaligen Präsidenten Barack Obama einen „Hurensohn“ und drohte, alle Sicherheitsabkommen mit der Supermacht außer Kraft zu setzen. Dafür kuschte er in Peking vor der kommunistischen Führung. Ohne die Streitigkeiten um das Südchinesische Meer zu erwähnen, sagte er zu seinem Pendant Xi Jinping: „Das ist der Frühling unserer Beziehung.“ Es sei an der Zeit gewesen, sich von den USA zu verabschieden. Duterte versprach der chinesischen Führung: „Ich werde für immer von euch abhängig sein.“

Das war Musik in den Ohren der Gastgeber. Duterte kehrte reich beschenkt



heim: Darlehen in Milliardenhöhe, Vereinbarungen bezüglich Handel, Investitionen und Sicherheit, Versprechen zur Finanzierung von Infrastruktur sowie die Ankündigung von Flugzeugladungen von chinesischen Touristen und Investoren.

Es wird heftig darüber spekuliert, warum er diese spektakuläre diplomatische Wende vollzogen hat. Eine Vermutung ist, dass Duterte die USA hasst, weil er einst kein Visum bekommen hat. Man munkelt auch, China habe heimlich seinen Wahlkampf unterstützt oder biete dem kranken 71-jährigen Präsidenten eine gute medizinische Versorgung.

Die wohlwollendste Interpretation seines Kurswechsels ist, dass Duterte den gerissenen Filipino spielt, der sich in alle Richtungen absichert und dabei zwei Mächte gegeneinander ausspielt. Tatsächlich hat er trotz seiner rhetorischen Aussetzer bislang

Die chinesische Küstenwache greift philippinische Fischer in der Nähe des Scarborough-Riffs auf, auf das historisch beide Länder Anspruch erheben.





Die „Neun-Striche-Linie“.

die Sicherheitsabkommen mit Washington nicht angetastet, und er macht auch keine Anstalten, die fünf US-Militärstützpunkte auf den Philippinen zu schließen.

So gesehen, spielt Duterte ein heikles Spiel. China ist keinen Schritt davon abgerückt, dass ihm „unbestreitbar“ das ganze Südchinesische Meer gehöre, wie es die „Neun-Striche-Linie“ vage definiert. Peking hat zudem nie geklärt, wie weit die Striche von der Küste entfernt sind. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Linie die ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen durchkreuzt und sehr nahe an der Küste von Luzon verläuft, der wichtigsten und bevölkerungsreichsten Insel des Archipels.

MILITÄRISCHE DIMENSIONEN

Die Frage ist von großer geostrategischer Bedeutung. China hat sich Felsen und Riffe im Meer unter den Nagel gerissen und begonnen, sie zu Inseln mit militärischen Anlagen auszubauen. Laut US-Militär könnten die neuen Stützpunkte bald bis oben hin mit Raketen ausgestattet sein – und die befahrenste Seestraße der Welt in eine Art chinesischen See verwandeln. Die US-Marine beobachtet das Ganze entsprechend aufmerksam.

Einige Filipinos halten es für das Beste, das Gebiet einfach aufzugeben, da die Philippinen ohnehin nicht in der Lage

wären, sich gegen China zu verteidigen. Sie verkennen, dass es ein Unterschied ist, ob sich jemand eines Gebietes bemächtigt, oder ob es ihm freiwillig überlassen wird. Wenn Manila jetzt nachgibt, wird es künftig sehr schwer sein, chinesische Besitzansprüche an das Südchinesische Meer anzufechten.

Zudem ist denen, die so argumentieren, nicht bewusst, was auf dem Spiel steht. Der Historiker und Philippinen-Spezialist Alfred McCoy von der Universität von Wisconsin-Madison rät zu einem „Blick auf die Karte“ und betont, dass die ausschließliche Wirtschaftszone der Philippinen im Südchinesischen Meer „etwa einem Drittel des bestehenden Hoheitsgebiets des Landes“ entspricht. Auch seien dies die „reichsten Fischgründe“, die künftige Generationen mit Eiweiß versorgen werden.

McCoy warnt die Filipinos davor, auf die Fischgründe und die unter dem Meer gespeicherten Kohlenwasserstoffvorkommen zu verzichten. Das Wirtschaftswachstum könne darunter leiden. Der Wissenschaftler hält Dutertes Vorgehen für ein „gefährliches Spiel“, denn mit seinem Kotau vor China beunruhige er philippinische Nationalisten. Der UNCLOS-Rechtssieg war wichtig, meint McCoy, doch der neue Präsident habe ihn praktisch außer Kraft gesetzt.

Dutertes außenpolitischer Kurswechsel stellt eine drastische – und wohl lange überfällige – Abkehr von der bisherigen Unterwerfung unter die USA dar. Andererseits merkt Manila nun, dass sein neuer bester Freund ebenfalls sehr fordernd sein kann.

Ende Februar sagte Dutertes Außenminister Perfecto Yasay Reportern: „Wir widersprechen dem Festhalten der Chinesen an der Neun-Striche-Linie vehement.“ Und weiter: „Wenn China uns angreift, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns zu verteidigen und sicherzustellen, dass unsere souveränen Rechte anerkannt werden.“ Yasay sagte auch, ASEAN sei besorgt über Chinas Militarisierung der künstlichen Inseln.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Peking sagte die geplante Reise seines Handelsministers nach Manila ab, bei der er Verträge für 40 Milliardenprojekte hätte unterzeichnen sollen. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete Yasays Worte als „rätselhaft und bedauerlich.“ Duterte schritt daraufhin ein und meinte, man habe seinen Außenminister „falsch verstanden“. Später musste

dieser aufgrund von Problemen mit seiner Staatsangehörigkeit zurücktreten.

LÄNGER, ALS DIE VERFASSUNG VORSieht

China dürfte mit seinem Mann in Manila zufrieden sein. Im Februar rief Zhao Jianhua, der chinesische Botschafter auf den Philippinen, offen zur Notstandsermächtigung für Duterte auf – angeblich, um Infrastrukturprojekte wie Verkehr zu regeln. Er sagte, die Chinesen hätten Bedenken gegenüber „Projekten, die eine Amtszeit überdauern“, und deutete damit an, dass es im Sinne Chinas sei, wenn Duterte das Land länger regiert als die verfassungsmäßig vorgesehene sechsjährige Amtszeit. Politischen Beobachtern in Manila ist jedoch klar, dass Duterte selbst sehr auf eine Notstandsermächtigung aus ist – und gern zum Diktator würde, der nicht der Verfassung unterworfen ist.

Dutertes Schulterchluss mit Peking ist nicht im Sinne der philippinischen Bevölkerung und schon gar nicht des Militärs. Die Streitkräfte des Landes sind nach amerikanischem Vorbild organisiert, trainiert und ausgestattet, und viele Offiziere wurden in den USA ausgebildet.

Nicht zuletzt macht die Wahl Donald Trumps – und damit eines Staatschefs, der ähnlich schwankend zu sein scheint wie Duterte – die Sache komplizierter. Durch die Ankündigung des US-Präsidenten, das Militär auszubauen, und die Tatsache, dass er China als Bedrohung wahrnimmt, werden sich wohl auch die Spannungen bezüglich des Südchinesischen Meeres verschärfen. In einem Konflikt wären die Philippinen ein Frontstaat. Bisher scheint Duterte mit Trump auszukommen, aber seine pekingfreundliche Politik könnte in Washington auf Widerstand stoßen.

Jahrzehntelang lebten die Filipinos als glückliche Insulaner, weit weg von den geopolitischen Themen des asiatischen Festlandes. Jetzt sind sie erwacht und müssen feststellen, dass die Philippinen in der schwelenden Konfrontation zwischen China und den USA eine bedeutende Rolle spielen. Kurz gesagt, erkennen sie: „Geographie ist Schicksal“, wie Napoleon gesagt haben soll.



ALAN C. ROBLES
ist freier Journalist
und lebt in Manila.

editor@hotmanila.ph

Handel braucht Häfen

Fehlender Zugang zum Meer stellt ein Entwicklungshindernis dar. Das betrifft vor allem Entwicklungsländer, die sowieso schon mit zahlreichen strukturellen Problemen zu kämpfen haben. Doch eine zentrale geografische Lage inmitten eines Kontinents hat auch Vorteile. Der Binnenstaat Ruanda ist zum Beispiel dabei, sich zu einem regionalen Infrastruktur- und Dienstleistungszentrum zu entwickeln.

Von Kacana Sipangule

Ein Drittel aller Länder, deren Entwicklung der Human Development Index 2015 als „gering“ einstufte, hat keinen Zugang zum Meer. Diese Länder wiesen die niedrigste Lebenserwartung, den geringsten Bildungsstand und das kleinste Pro-Kopf-Einkommen auf. Im Durchschnitt wächst die Wirtschaft in Binnenstaaten langsamer als in Küstenstaaten. Laut Mackellar et al. (2000) verringert dieser Nachteil das durchschnittliche Wachstum um jährlich 1,5 Prozent.

Entwicklungsländer ohne Zugang zu einem Hafen zahlen einen besonders hohen Preis. Ihr Handel hängt von anderen Ländern ab. Je schlechter die Transportinfrastruktur ist, umso höher sind die Handelskosten. Zudem erheben viele Transitländer

Zölle und Gebühren, etwa für die Straßennutzung, wodurch die Handelskosten noch mehr steigen (Snow et al., 2003).

Schlechte Infrastruktur verursacht Verzögerungen; dazu kommen Verzögerungen an den Grenzen. Zollabwicklung, Besteuerung und andere bürokratische Vorgänge sind für 75 Prozent aller Verzögerungen verantwortlich (Djankov et al., 2010). Diese wirken sich vor allem auf zeitsensible, verderbliche Waren wie landwirtschaftliche Produkte aus. Im Durchschnitt dauert der Import von Waren in Binnenstaaten 42 Tage und der Export 37 Tage. Entwicklungsländer mit Meerzugang brauchen nur die Hälfte der Zeit (Torres, 2014).

Da Binnenstaaten in Bezug auf ihre Handelswege von Nachbarländern abhängig sind, ist es besonders wichtig, dass diese politisch stabil sind und die Verwaltung funktioniert. Im Falle von Konflikten oder Instabilität müssen unter Umständen neue Handelswege erschlossen werden. Das kann sehr teuer werden, vor allem, wenn neue Schienen- oder Straßenwege gebaut werden müssen.

Ein bekanntes Beispiel ist die Tanzania Zambia Railway line (TAZARA). Sie wurde gebaut, weil Südrhodesien, das heutige Simbabwe, Mitte der 1960er Jahre seine Grenzen dichtgemacht hat. Damit sollteambia von

den Häfen in Südafrika abgeschnitten werden – aus Rache für Sambias Unterstützung der südrhodesischen Freiheitsbewegung. Und während des Bürgerkriegs in Mosambik musste Malawi seine Fracht von den mosambikanischen Häfen Beira und Nacala nach Durban in Südafrika und Daressalam in Tansania umleiten (Snow et al., 2003).

Hohe Handelskosten spiegeln sich in hohen Lebensmittelpreisen wider. Dadurch sind die Lebenshaltungskosten in Binnenentwicklungsländern in der Regel höher. Zudem machen sich dort Preisschwankungen auf dem Weltmarkt besonders bemerkbar. Während der jüngsten Ölpreiskrise sind die Treibstoffpreise in ölimportierenden Entwicklungsländern ohne Zugang zum Meer wieambia um fast 50 Prozent gestiegen.

HÜRDEN ÜBERWINDEN

Die Hürden, die eine Binnenlage mit sich bringt, überwiegen, doch es gibt auch Vorteile. Binnenländer können regionale Zentren für Produktion, Infrastruktur und Dienstleistungen werden. Ein Land, das seine zentrale Lage genutzt hat, um ausländische Investitionen anzuziehen, ist Ruanda.

Nach enormen Anstrengungen, um die Folgen des Genozids von 1994 zu über-

Der größte Hafen Ostafrikas im kenianischen Mombasa dient als wichtiger Umschlagplatz auch für Binnenländer wie Uganda, Südsudan, Ruanda und Burundi.



winden, hat sich Ruanda zu einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaften Afrikas entwickelt. Die Regierung will das Land zu einem Infrastruktur- und Dienstleistungszentrum für das östliche und südliche Afrika machen. Sie konnte mehrere Investoren gewinnen, die Montagewerke für Autos (Volkswagen), Computer (Positivo) und Mobiltelefone (A-Link Technologies) gebaut haben oder bauen werden.

Luftfracht kann eine Option sein, um die Abhängigkeit von Transitländern zu verringern. Beispielsweise sind Diamanten das wichtigste Exportprodukt Botswanas. Sie werden per Flugzeug transportiert, nicht per Schiff, Zug oder Lkw. Botswana ist eines der wohlhabendsten Länder Afrikas südlich der Sahara – wozu sicherlich auch die gute Regierungsführung beigetragen hat.

Bürokratie sollte abgebaut werden, um Geschäftskosten zu senken und Handel zu erleichtern. Regionale Wirtschaftsgemeinschaften wie COMESA (Common Market for Eastern and Southern Africa) arbeiten daran, Verzögerungen im Transit und bürokratische Hürden abzubauen. Doch auch nach der Verabschiedung des COMESA Protocol on Transit Trade and Transit Facilities bleibt noch viel zu tun.



KACANA SIPANGULE ist Doktorandin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Göttingen und Koordinatorin des

Poverty Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet). Sie arbeitet außerdem am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

kacana.sipangule@ifw-kiel.de

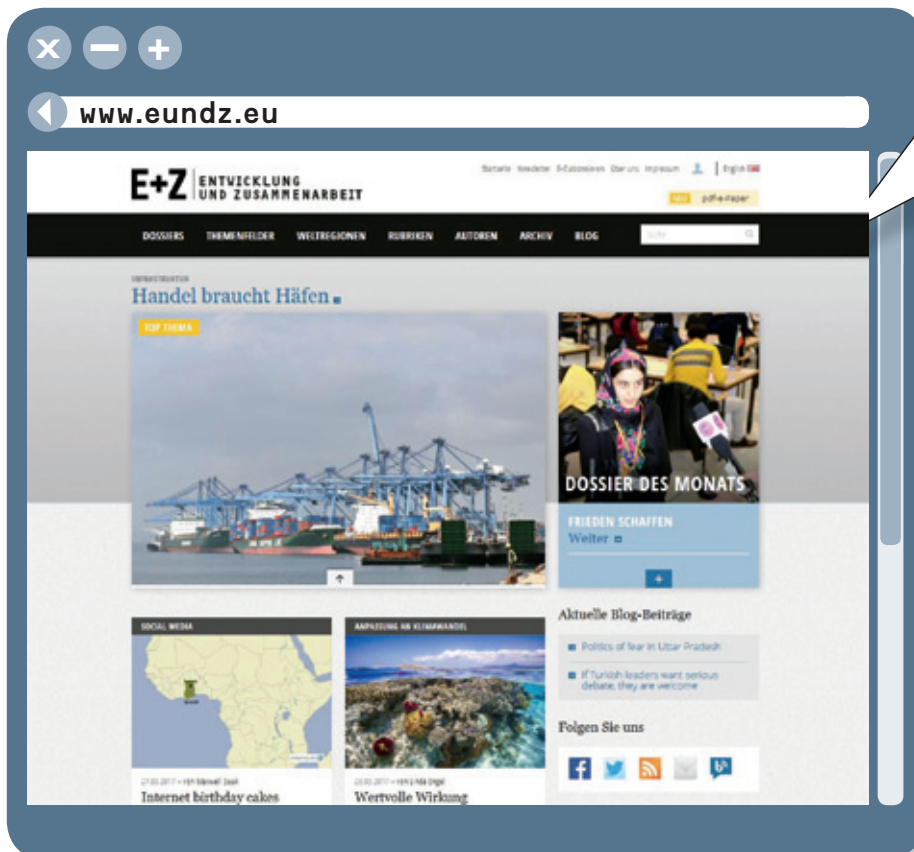
QUELLEN

Djankov, S., Freund, C., und Pham, C.S., 2010: Trading on time. In: *The Review of Economics and Statistics*, 92(1), 166-173.

MacKellar, L., Wörgötter, A., und Wörz, J., 2000: Economic development problems of landlocked countries. Reihe Transformationsökonomie / Transition Economics Series No. 14. Institute for Advanced Studies, Vienna.

Snow, T., Faye, M., McArthur, J., und Sachs, J., 2003: Country case studies on the challenges facing landlocked developing countries. Human Development Report Office, Occasional paper, background paper for HDR 2003. United Nations Development Programme (UNDP): New York.

Torres, R.A., 2014: Addressing landlocked developing countries' challenges: the role of trade of trade facilitation. In: *Bridges Africa*, Vol. 3, No. 8.



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



Neue Inseln für die Reichen

Obwohl der Meeresspiegel steigt, dehnt sich Lagos in den Atlantischen Ozean aus. Das stetige Wachstum der nigerianischen Millionenmetropole hat zur Folge, dass Bauland immer kostbarer wird. Besonders begehrt sind seit einigen Jahren Grundstücke am Meer. Um Platz für schicke Häuser zu schaffen, werden die armen Anwohner verdrängt, und dem Ozean und der Lagune wird Land abgetrotzt.

Von Olamide Udoma-Ejorh

Früher wurde das Land an Flussufern und Küsten in vielen Staaten den Armen überlassen. Es bestand die Gefahr von Überschwemmungen, gleichzeitig war die Lage am Wasser aber auch günstig für alle Arten von Geschäften. Doch das hat sich geändert: Küstengrundstücke haben sich zu begehrten Wohngebieten entwickelt. Es ist dort weniger geschäftig als früher, der Verkehr auf dem Wasser ist zurückgegangen. Und Bauland ist ein knappes Gut.

In Nigerias Wirtschaftsmetropole Lagos ist das Interesse an Küstengrundstücken seit der Jahrtausendwende drastisch gestiegen, es sind zahlreiche Wohnhäuser und Strandanlagen entstanden. Die schönsten Strände gehören den Superreichen, die auf eingezäunten Anwesen leben. Einige Privatstrände nehmen Eintrittsgelder, deren Höhe sich nach dem Publikum und der Qualität des Strandes richtet.

In Lagos wurden schon immer arme Menschen vertrieben, damit sich Mächtiger ihr Land aneignen konnten. In den vergangenen Jahren traf es vor allem die Bewohner der Küste und Lagune. Sie wurden vertrieben, um Platz für Bauprojekte zu schaffen. Ihre Häuser wurden abgerissen, und ihre Menschenrechte wurden verletzt.

Am 9. Oktober 2016 wies der Gouverneur von Lagos, Akinwunmi Ambode, einige Küstengemeinschaften an, binnen einer Woche ihre Häuser zu verlassen. Zur Begründung hieß es, nach mehreren Entführungen solle die Sicherheit verbessert werden. Doch der wahre Grund für die



In Otodo Gbame wurden viele Behausungen armer Menschen zerstört.

Vertreibung dürfte das Interesse an den Grundstücken gewesen sein. Der Oberste Gerichtshof der Region stoppte die Anordnung des Gouverneurs per einstweiliger Verfügung.

Dennoch verloren in Otodo Gbame einige Wochen später rund 30 000 Menschen ihr Zuhause: Ihre Häuser wurden angezündet, und nach einigen Wirren und gewaltsamen Zusammenstößen rissen Polizei und Arbeiter die informelle Siedlung ab. Die Sicherheitskräfte sprachen von ethnisch motivierten Unruhen, legten dafür aber keine überzeugenden Beweise vor. Amnesty International und UN-Experten forderten die Behörden zur Untersuchung der Vorfälle auf. Menschenrechtsaktivisten verweisen auf das Recht auf sicheren Wohnraum. Vor kurzem gab es einen erneuten Angriff auf Otodo Gbame, bei dem 4700 Menschen obdachlos wurden.

Die Erfahrung zeigt, dass Vertreibung keine Lösung ist. Den betroffenen Menschen bleibt nichts anderes übrig, als irgendwo anders erneut Land zu besetzen. Es wäre sinnvoller, mit den Bewohnern zu

kooperieren, um Wohnraum zu schaffen. Das muss nicht an derselben Stelle sein, es kann auch an anderen Orten der Stadt sein.

GROSSE AMBITIONEN

Eine langfristige Strategie muss die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung berücksichtigen. Aber einige ehrgeizige Bauprojekte, die derzeit laufen, kommen ausschließlich den bessergestellten Bürgern zugute. Das hat in Lagos inzwischen Tradition: Zu den ersten großen Immobilienprojekten für eine reiche Klientel gehörten das 1990 errichtete Viertel Dolphin Estate und das 1999 fertiggestellte Projekt Banana Island.

Victoria Island wird derzeit in den Atlantik ausgedehnt, dort entsteht ein neues Wohnviertel namens Eko Atlantic City. Wegen der Landgewinnung ist Victoria Island inzwischen keine Insel mehr, sondern verbunden mit Lekki, der langen Halbinsel zwischen Lagune und Ozean.

Das Projekt Eko Atlantic City ist umstritten. Die Behörden wollen dort bis



Ende dieses Jahres die erste ökologische, smarte Stadt Afrikas errichten. Die Regierung des Bundesstaates Lagos verspricht neuen Wohnraum und eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die wachsende Bevölkerung, außerdem soll das vorgelagerte Land die Metropole vor Sturmfluten schützen. Kritische Journalisten schrieben jedoch, Eko Atlantic City sei der Beginn einer „Klima-Apartheid“, in der nur Wohlha-

bende ein gesundes Lebensumfeld haben – eine „utopische Stadt für Eliten“.

Ironischerweise wurde vor Beginn der Bauarbeiten keine Umweltstudie vorgelegt. Experten zufolge haben sich an anderen Küstenabschnitten durch Baggerarbeiten und Landaufschüttung Bodenerosion und Überschwemmungen verstärkt. Außerdem haben Veränderungen der Küstenlinie Auswirkungen auf das dortige Ökosystem.

In der Lagune entstehen derzeit drei neue Inseln. Die Behörden kündigten die Projekte im vergangenen Jahr an, die Arbeiten kommen offenbar gut voran. In der Lagune ist das Wasser ruhiger.

Für jedes neue Projekt wurden die Behausungen armer Anwohner zerstört. Die Regierung des Bundesstaates behauptet, es gehe um die Verbesserung der Lebensqualität aller Bürger von Lagos. Allerdings sind all die neuen Immobilien nur für höchstens ein Fünftel der Bevölkerung bezahlbar. Umweltaspekte spielen auf den Websites der Immobilienunternehmen überhaupt keine Rolle.

Stadtplaner sollten aber den Klimawandel berücksichtigen. Das Ballungsge-

biet Lagos beginnt gerade erst, sich damit auseinanderzusetzen. Die Küstengebiete sind von Überschwemmung, Erosion und Sturmfluten bedroht. Bislang waren Buhnen – Mauern, die rechtwinklig ins Meer hineinragen – die bevorzugte Lösung zum Schutz vor dem Atlantik. Sie brechen die Wellen und stoppen so die Abtragung des Bodens. Im vergangenen Jahr wurden 36 Milliarden nigerianische Naira (110 Millionen Euro) veranschlagt, um 18 Buhnen entlang eines siebeneinhalb Kilometer langen Küstenabschnitts auf Lekki zu errichten.

Die Ausdehnung von Lagos ins Meer und die Lagune erfolgt zu einer Zeit, da der Meeresspiegel ansteigt. So bleibt abzuwarten, ob sich das gewonnene Land auf lange Sicht als bewohnbar erweist.



OLAMIDE UDOMA-EJORH
ist Stadtaktivistin und
Leiterin der NGO Lagos
Urban Network.
olamide@
lagosurbannetwork.com

Küstenlage

Lagos liegt wie viele andere Metropolen der Welt an einer Küste, und die Geschichte der Stadt ist eng mit dem Wasser verflochten.

Lagos bedeutet auf Portugiesisch „Seen“. Was heute eine Megacity ist, war einst eine Ansammlung von Siedlungen an der Küste und auf den Inseln der etwa 50 Kilometer langen Lagune. Die Stadt entstand da, wo die Lagune auf den Atlantischen Ozean trifft, und breitete sich seither nach Norden und Westen

aus. Diese Gegenden werden als „Festland“ bezeichnet.

Die Lagune von Lagos war ein natürlicher Hafen, und der Seehandel verhalf der Stadt zu Bedeutung. Lange Zeit war Lagos der wichtigste Hafen in Westafrika. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Apapa-Hafen errichtet, und als zweiter Hafen kam 1997 der Tin Can Island Port hinzu. Lagos ist das wichtigste Handelszentrum von Nigeria, in seinen Häfen werden 80 Prozent der Importe

und 60 Prozent der Exporte des Landes umgeschlagen.

Früher dienten auch die vielen Wasserwege der Stadt als wichtige Transportrouten, aber inzwischen verbinden Brücken die Inseln mit dem Festland, und der Straßenverkehr hat an Bedeutung gewonnen. Viele Wasserwege wurden zudem zur Landgewinnung zugeschüttet. Weiterhin gibt es ein großes Netz aus Wasserläufen und Kanälen, die jedoch vor allem zur Müllentsorgung genutzt werden. Auch Chemikalien landen illegal in den einstigen Wasserstraßen, an denen verschiedene Fabriken angesiedelt sind. Da-

rüber hinaus leiten die sechs Entwässerungssysteme der Megacity die Abwässer in die Lagune. Verschmutzung und Umweltschäden sind die Folge.

Aktuellen Studien zufolge enthalten die Gewässer von Lagos zahlreiche Schadstoffe, darunter Metalle, Waschmittel sowie menschliche und tierische Exkremate. Das schmutzige Wasser verseucht die Umwelt, tritt in die Nahrungskette ein und löst Krankheiten aus. Die traurige Wahrheit ist, dass sich Lagos' historische Affinität zum Wasser heute nicht in einer Achtung der Umwelt wider spiegelt.

Schwindende Fischarten

Ein Beobachter aus dem All könnte meinen, im Golf von Guinea stehe eine Invasion bevor. Das Meer vor Westafrikas Küste ist voller Schiffe. Der Grund dafür ist aber keine militärische Übung, sondern ein destruktives Wettrennen um Ressourcen, in das zwei Parteien involviert sind: erstens die Ölindustrie mit ihren Hightech-Schiffen und Offshore-Bohrinseln und zweitens die Fischerei mit gigantischen Schleppnetzschiffen internationaler Akteure und mit unzähligen kleinen Fischerbooten der lokalen Bevölkerung.

Von Nnimmo Bassey

Beide Wirtschaftszweige hängen von Ressourcen ab – fossilen oder biologischen. Sonst verbindet sie wenig. Allerdings benennen Ölkonzerne ihre Ölfelder gern nach Fischarten. Vor der Küste Nigerias betreibt Shell das Bonga-Feld. Bonga heißt ein regionaler Fisch.

Einem afrikanischen Sprichwort zufolge leidet das Gras, wenn zwei Elefanten kämpfen. Tatsächlich scheren sich die Großunternehmen beider Bran-

chen wenig um die Umwelt. Sowohl die Erdölförderung als auch die industriell betriebene Hochseefischerei verursachen schwere Schäden an der westafrikanischen Küste.

Asiatische und europäische Hochseetrawler arbeiten dort mit großen Schleppnetzen und dezimieren die Fischbestände. Sie brechen immer wieder Gesetze, aber das bleibt meist ungestraft. Derweil steigen die Fischpreise, nicht zuletzt, weil in Senegal und Mauretanien immer mehr Fabriken entstehen, die den Fang zu Futter für die industrielle Massentierhaltung in vermeintlich höherentwickelten Ländern Asiens oder Europas verarbeiten. Waren in der Vergangenheit nur Trawler aus Japan und der EU involviert, sind es zunehmend auch chinesische und russische Schiffe.

Millionen von Westafrikanern leben vom Fischfang. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO, 2014) trägt die traditionelle Fischerei in Ghana, Mauretanien, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Togo und anderen Staaten maßgeblich zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Zudem hängt die Eiweißversorgung der meisten Menschen der Region von Fisch und Meeresfrüchten ab. Industriell betriebene Küstenfischerei gefährdet also nicht nur die Lebensgrundlage der örtlichen Fischer, sondern auch das Nahrungsangebot von Millionen von Menschen. Die unabhängige Weltnaturschutzunion (IUCN, 2017) urteilt: „Meeresfrüchte bilden die Basis für Nahrungsmittelsicherheit und sind die Lebensgrundlage von nahezu 400 Millionen Menschen in west- und zentralafrikanischen Küstenländern.“ Doch die Organisation warnt, dass einige Fischarten bereits aus dem westafrikanischen Meer verschwinden. Bedrohte Arten seien die Madeira-Sardinelle (*Sardinella maderensis*) und der Senegal-Umberfisch (*Pseudotolithus senegalensis*).

Laut IUCN-Bericht unterminiert die illegale Fischerei nationale und internationale Anstrengungen, das Überfischen der Meere einzudämmen. In einigen Ländern sei davon auszugehen, dass der illegale Fang



Traditionelle Fischerboote in Dakar, Senegal.



nochmal 40 Prozent der legal dokumentierten Ausbeute beträgt. Gesetzeswidrige Fischerei betreiben sicherlich nicht nur ausländische Trawler, ohne sie wäre die Quote aber wesentlich niedriger.

Nachhaltiges und kompetentes Bewirtschaften der Fischbestände wäre nötig. Bisher geschieht das jedoch nicht. Leider verschärft die Ölförderung vor der Küste die Probleme.

NEGATIVE FOLGEN VON OFFSHORE-ÖL- UND -GASFÖRDERUNG

Die hellen Lichter der Bohrinselfen locken Fische an. Fischschwärme und andere Meereslebewesen tummeln sich in der Nähe von Bohranlagen und den FPSOs genannten Schiffen. Das Kürzel steht für „Floating Production Storage and Offloading Units“, denn die Schiffe fördern, lagern und verladen den Rohstoff. Da die Bohrinselfen als Sicherheitszonen definiert sind, bleiben sie für Fischerboote tabu. Anders als ihre Kollegen in anderen Weltregionen, dürfen Westafrikas Fischer in diesem Umfeld nicht arbeiten.

Erdöl- und Erdgasförderung schaden dem Ökosystem. Ölteppiche zerstören Mangrovenwälder und Korallenriffe. Beide sind wichtige Laichplätze und bieten Lebensraum von Meeresflora und -fauna. Die Ausbeutung fossiler Ressourcen hat verheerende Auswirkungen auf die Fischerei, nicht nur vor der Küste, sondern in Flussmündungen sowie flussaufwärts. Mehr Schiffsverkehr bedeutet außerdem mehr Umweltverschmutzung, und immer mehr große Schiffe fahren heute die Flüsse hoch.

Nigeria hat eine lange Geschichte schrecklicher Öl- und Gasunfälle. 2011 ver-

lor die Bonga-Plattform von Shell 40 000 Fass Rohöl. Nur wenig später, Anfang 2012, flog im Nigerdelta eine Gasbohrinsel von Chevron in die Luft. Das Feuer wütete über einen Monat. Auch als 1998 eine Pipeline von der Idoho-Plattform riss, flossen 40 000 Fass Erdöl ins Meer. Das größte Desaster ereignete sich 1979, als Shells Offshore-Hafen Forcados 570 000 Fass verlor.

Die Regierungen der Länder, in denen die Ölindustrie nun erst die Arbeit aufnimmt, versprechen, dafür zu sorgen, dass solche Unfälle vermieden werden. Doch das ist leichter gesagt als getan. Ghana hatte bereits dreimal Ölteppiche vor der Küste, bevor das erste Rohöl überhaupt verschifft wurde.

Über die genauen Auswirkungen von Ölteppichen auf die westafrikanische Fischerei gibt es keine gesicherten Studien. Bekannt ist aber, dass sich die Fischerei in Alaska vom Exxon-Valdez-Desaster vor drei Jahrzehnten immer noch nicht vollständig erholt hat.

Immer wieder bestreiten Ölkonzerne, dass sich seismische Erkundungen auf das Ökosystem des Meeres auswirken. Umweltschützer hingegen weisen auf negative Folgen hin. Sie bringen zum Beispiel Vorfälle tot angeschwemmter Wale an der ghanaischen Küste damit in Verbindung.

Fest steht, dass die kapitalintensive Ölwirtschaft kaum Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung schafft. Der Rohstoff wird auch nicht in Afrika, sondern in fernen Ländern verarbeitet. Vom Geschäft mit dem Öl profitieren die wenigsten Afrikaner.

Politische Entscheidungsträger in Afrika lassen sich gern von Ölgeld beeindrucken. Den Bedürfnissen der armen Landbevölkerung, zu der traditionelle Fischer gehören, schenken sie dagegen nur wenig Aufmerksamkeit. Die ökonomischen Interessen der reichen Nationen verschärfen die Probleme.

Die Interessen der ländlichen Bevölkerung Westafrikas müssen aber geschützt werden. Ihre Erwerbchancen müssen verbessert, nicht gefährdet werden. Afrikanische Regierungen müssen sicherstellen, dass die Wirtschaftsentwicklung ihrer gesamten Bevölkerung dient. Zudem müssen sie die Umwelt vor unkontrollierter internationaler Ausbeutung schützen.



NNIMMO BASSEY
leitet die Health of Mother Earth Foundation (HOMEF), einen unabhängigen nigerianischen Thinktank.

nnimmo@homef.org
<http://www.homef.org/>

LINKS

IUCN, 2017: Overfishing threatens food security off Africa's western and central coast as many fish species in the region face extinction.

<https://www.iucn.org/news/overfishing-threatens-food-security-africa's-western-and-central-coast-many-fish-species-region>

FAO, 2014: The value of African fisheries.
<http://www.fao.org/3/a-i3917e.pdf>



Ein Schiff des Ölkonzerns Shell in nigerianischen Gewässern 2011.

Fischer gegen Ölmulti

Vor sieben Jahren geriet die Ölbohrplattform Deepwater Horizon des britischen Energiekonzerns BP im Golf von Mexiko in Brand und ging unter. Der Unfall kostete elf Menschen das Leben und löste eine der größten Umweltkatastrophen aller Zeiten aus. Mexikos Fischer und andere Anwohner kämpfen bis heute um Entschädigung für die erlittenen wirtschaftlichen Einbußen. Ihre Regierung hat andere Prioritäten, als die Geschädigten in ihrem juristischen Streit zu unterstützen.

Von Virginia Mercado und Luis A. Soto

An der Küste der USA, die von der Ölpest betroffen war, gab es umfangreiche Säuberungsmaßnahmen und Entschädigungen in Millionenhöhe. Doch das Ökosystem kennt keine Ländergrenzen, und die Ölpest erreichte aufgrund der Meeresströmung auch andere Gebiete, allen voran Mexiko. Über die Folgen dort ist jedoch wenig bekannt.

Mexikos Fischer verzeichneten in den Jahren nach der Katastrophe, bei der einer wissenschaftlichen Studie zufolge bis zu 2 Millionen Barrel (rund 320 Millionen Liter) Öl ausliefen, einen drastischen Rückgang der maritimen Bestände, der zum Teil bis heute anhält. Betroffen sind unter anderem Krabben, Krebse und Speisefische, die das wirtschaftliche Rückgrat der Region bilden. Die Bundesstaaten mit den größten Einbußen sind Campeche, Tabasco, Tamaulipas und Veracruz. Die nationalen Medien thematisieren das jedoch kaum.

Die Regierung des damaligen Präsidenten Felipe Calderón hat Hinweise von Wissenschaftlern auf die sich abzeichnenden ökologischen Schäden ignoriert. Es wurden auch keine rechtlichen Schritte unternommen. Möglicherweise spielten dabei kurz zuvor entdeckte weitere Ölvorkommen unter dem Meer eine Rolle, deren Ausbeutung mittels einer Ausschreibung an multinationale Unternehmen vergeben werden sollte. Es war das erste Mal, dass sich die Möglichkeit privater Investitionen im staatlichen Mineralölkonzern PEMEX auftaten.

Angesichts der Untätigkeit der Zentralregierung reichten die Bundesstaaten



2010 brannte die BP-Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko und löste eine der größten Umweltkatastrophen aller Zeiten aus.

Tamaulipas, Veracruz und Quintana Roo vor einem US-Gericht Klage gegen BP wegen der erlittenen Schäden ein. Sie wurde 2015 mit der Begründung abgewiesen, dass die betroffenen Gebiete in die Verantwortung der mexikanischen Regierung fielen. Diese strengte ihrerseits 2013 eine Klage an. Das Verfahren läuft noch immer. Unterdessen haben sich auch die Fischer organisiert und sind vor Gericht gezogen. Die wesentliche Frage ist, ob sie beweisen können, dass die erlittenen Einbußen eine Folge der von BP verursachten Ölpest sind.

Der Arbeit mexikanischer Wissenschaftler kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: Auf ihre Ergebnisse stützt sich die Anklage. Einer der beiden Autoren dieses Artikels ist Ozeanograf an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) und leitet eine Forschungsgruppe, die die Folgen zweier großer Ölkatastrophen im Golf von Mexiko untersucht hat: Eine resultierte aus einem Unfall an der Explorationsölböhrung Ixtoc von PEMEX 1979, deren Folgen noch heute im Ökosystem der Region und darüber hinaus bemerkbar sind, und die andere aus der Havarie der BP-Plattform Deepwater Horizon 2010.

Die ersten Untersuchungen fanden im Sommer 2010 statt, drei Monate nach Beginn des Ölaustritts, als der Ölteppich die mexikanische Küste noch nicht erreicht hatte. Weitere Erhebungen wurden im folgenden Jahr im Winter vorgenommen. Zu der Zeit verlaufen die Meeresströmungen Richtung Süden, so dass die Möglichkeit bestand, dass die ausgetretenen Substanzen aus dem Norden in tiefe Wasserschichten oder auch an die Küsten gelangten. Eine Untersuchung von Mikroorganismen, die in Meeressedimenten leben, im Winter 2012 ergab große Veränderungen in Bezug auf das Vorkommen von Kohlenwasserstoffen, was mit der Ölverschmutzung zusammenhängen kann.

Trotz der wissenschaftlichen Erkenntnisse bestreitet BP, dass die beobachteten Veränderungen auf die Deepwater-Horizon-Ölpest zurückzuführen sind. In dem Zusammenhang wirkt sich auch die fehlende Unterstützung der Regierung für die Untersuchung in den betroffenen Küstenregionen aus – die in großem Kontrast zu den enormen Ressourcen steht, die BP für seine rechtliche Verteidigung aufwendet.

In Mexiko sind kritische Stimmen laut geworden, die eine Abkehr von der fast

ausschließlichen Förderung von Öl zur Energiegewinnung und stattdessen mehr Einsatz erneuerbarer Energien fordern. Das Ökosystem ist permanent bedroht, denn an den Fördermethoden hat sich seit der Ölpest vor sieben Jahren nur wenig geändert. Knapp fünf Jahre danach gab es eine Explosion an einer PEMEX-Bohrplattform in der Sonda de Campeche. Vier Menschen starben, mehrere weitere wurden verletzt. Auch wenn kein Öl austrat, verdeutlichte der Vorfall doch die Gefahr, die permanent besteht.

Im Dezember 2016 wurden die Gewinner der Ausschreibungen für Tiefseebohrungen in mexikanischen Gewässern bekanntgegeben. Zwei Ölfelder gingen an BP in Partnerschaft mit der norwegischen

Statoil und der französischen Total – obwohl der Konzern bis heute keinerlei Verantwortung für die Schäden an Mexikos Küsten übernommen hat.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México (UNAM) und Lehrkraft für Friedens- und Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx



LUIS A. SOTO
ist Ozeanograf an der UNAM.



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!





Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C
Development + Cooperation

TWEETS 9.047 FOLGE ICH 2.099 FOLLOWER 4.716 GEFÄLLT MIR 182 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

1.757 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 12 Std.
D+C-blog: #NarendraModi likes to play two roles: The reformer and the #Hindu chauvinist. #UttarPradesh #democracy



D+C Editorial office D+C @forumdc · 14 Std.
In the age of #socialmedia, families in #Ghana visit each other less often #internetcakes #WhatsApp #facebook ow.ly/1Rs030ai4N7

Neu bei Twitter?

Melde Dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt Dir auch:

Aktualisieren

Africa Renewal, UN @africarenewal

ODI @ODIdev

Devex @devex

WFP Media @WFP_Media

Fair Trade Certified @FairTradeUSA

Weltweit Trends

